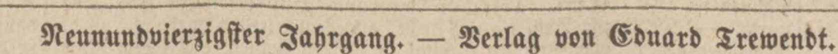
Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 30. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 18. Januar 1868.



Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 17. Januar.

30. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministertisch Frhr. v. d. Heydt, Graf Itzenplitz, v. Selchow und mehrere Commissarien.

Vor der Tagesordnung beantragen die Abgg. Hugenberg und Francke, die Regierung aufzufordern, baldthunlichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Geschlechts-Vormundschaft — cura sexus — soweit dieses Rechtsinstitut in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein noch besteht, aufgehoben wird. — Das Haus wird über den Antrag durch Schlußberathung entscheiden.

Es folgt der Bericht der besonderen Commission über die vierzig Millionen-Eisenbahn-Anleihe (Referent v. Hennig), dem sie im Wesentlichen zustimmt. Die Aenderungen sind meist nur stylistischer Natur; im Einverständniß mit der Regierung neu zugefügt ist § 7: „Jede Verfügung der Staatsregierung über die im § 1 Nr. 1 bis 11 bezeichneten Eisenbahnen, resp. Eisenbahntheile durch Veräußerung bedarf zu ihrer Rechtsgiltigkeit die Zustimmung beider Häuser des Landtages."

Die wesentlichsten Bestimmungen des Gesetzes sind: § 1. Es ist eine Anleihe aufzunehmen, welche die Mittel gewährt: 1) für die Vollendung der Eisenbahn von Göttingen nach Ahrenshausen mit 259,000 Thlr., 2) für den Weiterbau der Eisenbahn von Northeim bis zur ehemaligen Landesgrenze in der Richtung von Nordhausen nebst Zweigbahn von Herzberg nach Osterode und weiter bis zur braunschweigischen Grenze mit 2,751,000 Thlr., 3) für die Vermehrung des Betriebsmaterials der hannoverschen Eisenbahnen, für den Umbau und die Erweiterung des Bahnhofes zu Hannover, für sonstige Ergänzungsbauten auf den Bahnhöfen, für Wärter- und Beamten-Wohnhäuser, Telegraphen-Einrichtungen 2c., sowie zur Vervollständigung des zweiten Bahngeleises mit 3,309,000 Thlr., 4) zur Vollendung der Bebra-Hanauer Eisenbahn einschließlich des Ersatzes für Herstellung des zweiten Geleises auf der Main-Weser Eisenbahn mit 3,000,000 Thlr., 5) für den Bau einer Eisenbahn von Elm nach Gmünden mit 3,000,000 Thlr., 6) zur Deckung der zu Ergänzungsbauten und zur Vermehrung des Betriebsmaterials der nassauischen Eisenbahn schon früher verwandten 1,518,240 Thlr. und des gleichfalls zum Theil verausgabten Bedarfes von 1867 mit 715,833 Thlr., zusammen rnnd mit 2,234,000 Thlr., 7) für den Bau einer Zweigbahn von Limburg nach Hadamar mit 380,000 Thlr., 8) desgleichen einer Zweigbahn von Dietz nach Hahnstätten (Kückershausen) mit 500,000 Thlr., 9) zur Anlage einer Zweigbahn der schlesischen Gebirgsbahn von der Station Ruhbank über Landeshut und Liebau bis zur böhmischen Grenze in der Richtung auf Schwadowitz mit 1,017,000 Thlr., 10) zum Bau einer Eisenbahn von Schneidemühl über Conitz nach Dirschau 7,800,000 Thlr., 11) zum Bau einer Eisenbahn von Thorn nach Insterburg mit fester Weichselbrücke bei Thorn 15,750,000 Thlr., in Summa 40,000,000 Thaler.

§ 3 bestimmt, daß eine verzinsliche Anleihe nach Maßgabe der für die einzelnen Baujahre erforderlichen Geldmittel allmälig realisirt werden soll.

§ 4. Von dem auf die Eröffnung des Betriebes auf der Thorn-Insterburger Eisenbahn in ihrer ganzen Ausdehnung folgenden Jahre ab ist die Anleihe jährlich mit mindestens Einem Procente zu tilgen.

Die Commission beantragt außerdem zu § 1 Nr. 10 folgende Resolution: Die Regierung aufzufordern, den Bau einer Bahn von Konitz nach Wangerin durch Privat-Unternehmer möglichst zu begünstigen.

Es liegen zu dem Gesetz außerdem folgende Anträge vor:

1) Wehr: a) bei der Ausführung der nach dem vorliegenden Gesetzentwurfe in der Provinz Preußen zu bauenden Eisenbahnen von dem Verlangen Abstand zu nehmen, daß die Gemeinden und Kreise den zum Bau erforderlichen Grund und Boden ohne Entschädigung hergeben."

b. „Mit der Inangriffnahme der Eisenbahn Schneidemühl-Dirschau so früh wie möglich zu beginnen und die Erdarbeiten an mehreren Orten in Angriff zu nehmen und dadurch der dortigen arbeitslosen Bevölkerung Verdienst und Unterstützung zu schaffen. Bei der Bahn Thorn-Insterburg ist dieses bereits von der Regierung zugesagt."

2) Bieck: „Der Magdeburger-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft zu gestatten, daß sie die Halle-Kasseler Bahn von Arenshausen nicht über Groß-almerode, sondern über Münden weiterführe."

3) v. Unruh: „Für Vollendung der Eisenbahn von Göttingen nach Ahrenshausen 259,000 Thlr, zu bewilligen, jedoch gleichzeitig die Regierung aufzufordern: die Halle-Kasseler Eisenbahn nicht über Groß-Almerode, sondern über Münden nach Kassel führen zu lassen.

4) Miquel als Amendement zum Antrag Unruh: „und dabei zu erklären, daß eine Erweiterung der bereits übernommenen Garantie für die Bahn Halle-Kassel unzulässig erscheinen würde."

5) Amendement v. Behr zu dem Antrage Wehr a) hinter den Worten „ohne Entschädigung hergeben" hinzuzufügen: sondern solche Entschädigung zu gewähren, sobald die betreffende Eisenbahn 4 Procent Zinsen trägt.

6) Amendement v. Hoverbeck demselben Antrage hinzuzufügen: „sofern die betreffenden Kreise sich verpflichten, den Geldwerth desselben zum Bau von Chausseen und guten Landstraßen (sogenannten Kies-Chausseen) nach den Bahnhöfen und Haltestellen der projectirten Bahnen zu verwenden, und mit diesen Bauten sofort nach dem Durchgehen dieses Gesetzes zu beginnen."

Referent v. Hennig verzichtet beim Beginn der Generaldiscussion auf das Wort.

Abg. v. Vincke (Minden) findet es bedenklich, zahlreiche Eisenbahnprojecte in einer Vorlage zu combiniren, so daß das Haus gezwungen wird, sie unterschiedlos anzunehmen. Wenn für 1869 und 70 neue Anleihen in Aussicht stehen, so kann man füglich erschrecken, heute 40 Millionen zu bewilligen, nachdem wir kürzlich 24 Millionen negotiirt haben. Ich kann mich von der Richtigkeit des Satzes, daß wir heidenmäßig viel Geld haben, nicht überzeugen. Schneidemühl-Dirschau wird nicht durch einen Nothstand in Westpreußen motivirt, wie Insterburg-Thorn durch den in Ostpreußen. Er ist dort nicht größer als in Westfalen und Norddeutschland überhaupt und die erstere Bahn, die keine europäische Nothwendigkeit ist und 8 Millionen kosten soll, ließe sich daher wohl vertagen. — Redner erklärt sich ferner für die Linie Ahrenshausen über Münden nach Kassel als die kürzere, billigere und rentablere. Was Steigungen bedeuten, das beweist die hannöversche Südbahn (Göttingen-Minden), neben deren gewöhnlichen Zügen man recht gut im Schritt mitspazieren kann. (Heiterkeit.) Der Rest des Vortrages ist, da der Redner von der Tribüne spricht, fast unverständlich.

Abg. v. Unruh: Ich stimme der Vorlage bei, aber sie eröffnet in ihren Motiven eine Perspective, daß ich nur dringend rathen kann, von diesem Wege abzugehen. Der Zusammenhang der Bahnen in den östlichen Provinzen mit dem Nothstande ist ein sehr loser. Zwar hätte ich gewünscht, daß man die Nothwendigkeit, Arbeitsstellen zu schaffen, bereits früher erkannt hätte, aber dem wird durch den Eisenbahnbau nur in beschränktem Grade genügt. Wichtiger ist, daß durch die Eisenbahn künftigen Nothständen vorgebeugt wird. Jene Provinz leidet aber nicht allein wegen des Mangels an Communications-Mitteln, sondern hauptsächlich in Folge der russischen Grenzsperre. Ich habe in dieser Beziehung das Vertrauen zu dem Leiter unserer auswärtigen Politik, daß er es nicht aus den Augeu verlieren wird, diese Sperre zu durchbrechen. Auch Rußland wird nach und nach erkennen müssen, daß es durch sie sich selbst den größten Schaden thut.

Ob hinsichtlich der Richtung der Bahn gerade die von Thorn nach Insterburg die geeignetste ist, will ich dahingestellt sein lassen. Es kommt bei Eisenbahnbauten hauptsächlich darauf an, leichte Communicationsmittel nach denjenigen Orten hinzuschaffen, wo die Producte des Landes am besten verwerthet werden können. In dieser Beziehung würde es mir doch zweckmäßiger erschienen sein, eine Menge einzelner Seitenbahnen normal auf die Ostbahn hin auszuführen und dadurch den Abfluß der Producte nach der Ostbahn hin zu ermöglichen, die Bahn Thorn-Insterburg dagegen wird nie einen großen Verkehr und folglich nie eine große Rente ergeben. Meine Herren, ich bin principiell ein Gegner von Staatsbahnen, ebenso ein Gegner der garantirten Bahnen, und wenn Ausnahmen in unserer Lage wohl vorkommen dürfen, so ist doch gerade jetzt bei der Stockung der Geschäfte der ungeeignetste Zeitpunkt dafür. Ich habe insbesondere gegen Staatsbahnen anzuführen, daß der Staat keine industriellen Geschäfte treiben und keine Concurrenz auf den Bahnbetrieb ausüben soll, wenn auch der Herr Handelsminister sogar mit Tarifherabsetzungen vorangegangen ist. Ein anderer Nachtheil sind die Ansprüche, die in Folge dessen fortwährend an den Staat gestellt werden mit dem Raisonnement: der Staat hat dort und dort Bahnen gebaut, wir sind nicht dagegen, aber verlangen jetzt, daß der Staat auch bei und für uns baut. Ferner entsteht durch die Administration von Privatbahnen durch den Staat die Meinung, daß er diese Bahnen zum Nachtheil anderer begünstigt. Ein Hauptmotiv aber gegen die Staatsbahnen ist für mich die Rücksicht auf den Credit des Staates. In kurzer Zeit werden wir jetzt Eisenbahn-Anleihen von 124 Millionen und Garantien von 26 Millionen, im Ganzen also 150 Millionen, bewilligt haben; das drückt den Credit gewaltig, auch wenn die jetzigen Anleihen nicht sogleich aufgenommen werden. Daß sie productiv sind, ist wahr und erfreulich, aber auf die Länge behält man den Credit dennoch nicht, wenn man ihn nicht in sehr beschränkter Weise benutzt.

Diese Anleihen werden bei uns nur im Inlande effectuirt, denn das auswärtige Capital sucht gewinnreichere Unternehmungen; wenn nun schon zweifelhaft ist, ob wirklich so große Capitalien disponibel sind, so muß man sich gewissenhafter Weise die Frage vorlegen: Was wird denn geschehen, wenn wir in einer politischen Krisis eine große Staatsanleihe aufnehmen müssen? Das Inland wird das Geld nicht mehr haben und das Ausland wird uns Bedingungen stellen, die uns vollständig auf gleiche Linie mit den schuldenmachenden Staaten stellen werden. Als Preußen zwei Kriege ohne Anleihe führte, hat man gesagt: mit einem Staate von solcher Armee und Finanzlage ist nicht anzubinden, der steht oben und ist nicht herunterzubringen. Deshalb aber möchte ich die Staatsregierung bitten, bei ihrem Bau von Eisenbahnen in der Richtung dieser Vorlage nicht weiter fortzufahren und uns nicht dadurch auf das Niveau der „schuldenmachenden" Staaten herunterzudrücken. Ich mahne ab von dieser Richtung; hier aber glaube ich für die meisten Positionen stimmen zu können oder sogar stimmen zu müssen, weil sonst keine Aussicht da ist, jene Bahnbauten in Preußen im Frühjahr vorzunehmen. Ich hätte allerdings den Wunsch, daß es dem Handelsminister gelingen möge, die Bahn Thorn-Insterburg nicht auf Staatskosten zu bauen, sondern sie gegen Zinsgarantie einer soliden Privatgesellschaft zu übergeben. Das ist auch eine Schuld, aber eine, die sich schnell abwickelt und die nicht so stark auf den Credit drückt. Gerade weil die Ostbahn eine Staatsbahn ist, möchte ich jene in den Händen einer Privatgesellschaft wissen. Es ist das Interesse des Publikums, daß die Bahnen concurriren, diese Concurrenz aber wird ausgeschlossen, wenn beide Bahnen Staatsbahnen sind. Auch den Bau der Bahn Dirschau-Schneidemühl halte ich für nicht zu umgehen. Auch wenn Privatbahnen um eine gewisse Strecke abgekürzt werden sollen, fragt man erst die betreffende Gesellschaft, ob sie selber diese Abkürznng vornehmen will; hier ist der Staat der Besitzer, man muß hier die gl iche Rücksicht obwalten lassen.

Abg. v. Benda (spricht gegen die Vorlage, jedoch von der Tribüne aus und ist daher fast ganz unverständlich): Staatsbahnen seien principiell verwerflich; besondere Gründe der Billigkeit walteten nicht vor, dem Nothstande werde durch den Bau der Bahn nicht abgeholfen, und endlich sei für eine solche finanzielle Vorlage kein Zeitpunkt ungeeigneter als der gegenwärtige.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Wir haben in Preußen ein gemischtes System befolgt, wir haben Staatsbahnen und Gesellschaftsbahnen mit und ohne Garantie gebaut und können mit diesem gemischten Systeme zufrieden sein. Wir hatten 1863 in den alten Provinzen 791 Meilen Eisenbahn; von 1864 bis 1866, in welche Zeit zwei Kriege fallen, sind neu dazu gekommen 83 Meilen; unter diesen 83 Meilen waren nur 21 Meilen Staatsbahn, 14 Meilen mit Garantie, die übrigen Gesellschaftsbahnen. Wenn man diese 791 + 83 Meilen auf die alten Provinzen vertheilt, so kommen auf eine Meile Eisenbahn in Preußen 13 Quadratmeilen, in Pommern 9, in Brandenburg 6, in Schlesien 4, in Sachsen 4, in Westfalen 3, in der Rheinprovinz 2. Der Bau der Eisenbahnen ist also bei uns nach dem gemischten System erfreulich vor sich gegangen. Wenn nun gesagt ist, der vorige und der jetzige Finanzminister befolgten das System, nach Osten und Westen Vorschläge zu machen und dadurch die Majorität zu erlangen, so mag das möglich sein; mich trifft das aber nicht; ich habe das Princip, daß dem Bedürfniß gefolgt wird, wo es sich am schlagendsten herausgestellt hat. Wir müssen unfehlbar die Bahnen in den neuen Provinzen fertig bauen, wo wir sie im Bau begriffen übernommen haben; wir müssen die Betriebsmittel so vermehren, daß die Rente wenigstens einigermaßen erreicht wird; wir müssen Staatsbahnen da bauen, wo sich mit geringen Ausgaben bedeutende Hilfsquellen des Landes eröffnen.

Ich wende mich nun nach dem Osten. Wo finden Sie in unserem Eisenbahnnetze die größten, ich möchte beinahe sagen, die tadelnswerthesten Lücken? Gerade da, wo der Gesetzentwurf recht eigentlich abhelfen soll. Werfen Sie einen Blick auf die Karte und Sie werden hier bis zur Weichsel hin eine große Lücke finden; dem wird die Bahn von Dirschau nach Schneidemühl abhelfen. Sie finden weiter in Ostpreußen die fertige Ostbahn und außerdem nur die ostpreußische Südbahn. Es ist also auch abgesehen von der preußischen Noth die dringende Aufgabe der Staatsregierung, diese Lücke auszufüllen. Nun kann ich dagegen meine Augen natürlich nicht verschließen, daß damit unser Eisenbahn-System nicht abgeschlossen ist. Ich brauche nur Memel, Danzig, Elbing, Harburg, Westerwald zu nennen und könnte noch viele Linien bezeichnen, die ich zum Wohle des Landes für dringend nothwendig halte. Aber darüber heute Anträge zu formiren ist nicht an der Zeit; ich kann noch nicht übersehen, welche dieser Bahnen durch Privatmittel zu Stande kommen werden, und ich kann bestimmt versichern, daß ich solide Privatunternehmungen nicht verhindert, sondern gern gesehen habe. Die ostpreußische Südbahn war dem Lande dringend nöthig, und es ist von Hause aus immer der Wunsch und die Absicht gewesen, diese Stichbahn in Verbindung zu bringen mit der russisch-polnischen Bahn. Es ist mir von Königsberg aus in diesem Jahre ein Project vorgelegt worden, der Staat möchte von Königsberg aus einen Strahlenkranz von kleinen Bahnen, von kleinen Stichbahnen bauen, 4—5 Meilen weit in's Land hinein, lauter Sackbähnchen, die allerdings den Erfolg haben würden, den größten Theil der Produkte des Landes noch Königsberg zu führen. Ich habe nichts gegen einen solchen Plan, aber der muß von Privatgesellschaften ausgeführt werden, auf Staatskosten solche Bahnen zu bauen, habe ich nie für richtig gehalten.

Wenn man nun die heutige Vorlage finanziell betrachtet, so ist das damit in der That nicht so schlimm, als es dargestellt worden ist. Diese 25 Millionen, welche für die östliche Provinz verwandt werden sollen, kommen doch erst in 6 Jahren zur Verwendung, und ich kann nicht zugeben, daß die ganzen 6 Jahre das, was geschieht, unnutzbar bleibt. In diesem Augenblick, wo es noch friert — hier in Berlin zwar nicht mehr, aber wahrscheinlich doch in der Provinz — da muß ich mit Rücksicht auf den Nothstand die Punkte angreifen, die jetzt des Wetters wegen möglich sind. Sobald aber der Frühling kommt, dann werde ich bemüht sein, solche Strecken in den nächsten 6 Jahren zunächst zu bebauen, die schon gleich bei der Eröffnung eine Rente gewähren. Die Rente, m. H., einer Eisenbahn beruht immer auf zwei Factoren, das ist der Localverkehr und der Durchgangsverkehr, und ich glaube, daß eine gute Eisenbahn immer so gelegt sein muß, daß sie Beides hat. Bei den Bahnen von Dirschau nach Schneidemühl und von Thorn nach Insterburg sind beide Factoren vorhanden, es wird ein durchgehender Verkehr um so mehr sich entwickeln, da von Frankfurt nach Posen die Bahn schon im Bau ist und wegen einer Bahn von Posen nach Bromberg ich in Verhandlung stehe, worüber ich vielleicht noch in diesem Jahre eine Vorlage machen werde, aber nicht auf Staatskosten. Man hat die Staatsbahnen im Allgemeinen gescholten. Ja, meine Herren, ich muß doch die Wahrheit sagen, wie sie sich mir nach 5jähriger Erfahrung darstellt; für das Land sind die Staatsbahnen besser. Es liegt doch in der Natur der Sache, daß eine Actien-Gesellschaft zuerst ihr Interesse und das ihrer Actionäre im Auge hat, und daß sie zur Berücksichtigung allgemeiner Interessen vom Handelsminister mehr oder weniger gezwungen wird. Eine Actien-Gesellschaft zum Beispiel, die die Ostbahn im Besitz hätte und Schneidemühl-Dirschau baut, würde gewiß die Vorwürfe ihrer Actionäre zu gewärtigen haben.

Die Rücksichten auf die allgemeinen Interessen setzen die Herren ganz außer Augen. Wenn ferner schlimme Zeiten kommen, dann hat der Handelsminister bei Staatsbahnen es in der Hand, auf der Stelle den Tarif herunterzusetzen; das kann er bei Gesellschaftsbahnen nicht, da muß er verhandeln und erreicht oft genug seinen Zweck nicht. Dann sind auch die Staatsbahnen für den preußischen Staat eine Einnahmequelle, und zwar eine sehr bedeutende. Ich kann also nicht zugeben, daß durch die Anleihen für Eisenbahnen das Nationalvermögen vermindert werde. Was jetzt nicht blos Staatsbahnen, sondern alle Bahnen behindert, wenn sie neue Unternehmungen machen wollen, das ist die herrschende Vorliebe für auswärtige Papiere; es geht das Geld aus dem Lande, und dem ist nicht abzuhelfen. Es wird außerdem gesagt, die Concurrenz der Staatsverwaltung drücke auf die Gesellschaftsbahnen und werde sie vielleicht ganz hindern. M. H., ich habe das nie gethan, und ich kann ein Beispiel für mich anführen, das ganz schlagend ist. Die Berlin-Görlitzer Bahn ist eine sehr decidirte und entschiedene Concurrenz-Bahn gegen die Niederschlesisch-Märkische. Dessen ungeachtet ist es mir nie eingefallen, sie zu hindern, ich habe sie im Gegentheil gefördert, ja ich kann mit gutem Gewissen sagen — gefördert, wie es irgend möglich war. Es ist gesagt worden, die Bahn würde der Provinz Preußen nicht einmal nützen; meine Herren, so viel Arbeiter dort übrig sind, die werden bei dem Bau Arbeit suchen, und wenn keine übrig sind, dann kommen fleißige Leute aus anderen Gegenden und bauen, und das gereicht der Provinz auch nicht zum Nachtheil.

Ueberhaupt, an dem Tage, wo in einer bisher von Eisenbahnen entblößten Provinz die Bahn eröffnet wird, da ist der betreffende Landestheil, behaupte ich, schon um ⅔ der Kosten reicher geworden. Es hat auch einer der geehrten Herren gesagt, mit Communicationsmitteln werde der Provinz Preußen nicht geholfen; ja, meine Herren, ich kenne Preußen etwas; ich glaube gerade die Communicationsmittel sind das erste, was der Provinz fehlt, das ist ein Unglück, daß es nicht schon längst geschehen ist, und deshalb halte ich es für meine Pflicht, für die Communicationsmittel auf das Entschiedenste einzutreten. Es giebt dort ausgedehnte Gegenden, wo bei nassem Wetter die Communication gar nicht herzustellen ist, wo auch mit so und so viel Pferden ein Wagen nicht gezogen werden kann, weil die Achsen des Wagens versinken. Alles andere ist lange nicht so wichtig, als gerade die Vermehrung der Betriebsmittel. Ich hoffe, daß hieraus eine neue Blüthe dieser Provinz hervorgehen wird.

Abg. Heise: Der Bau von Eisenbahnen mit fremdem Capital hat den Nachtheil, daß das Geld in's Ausland exportirt wird. In Preußen selbst finden sich aber schwer neue Gesellschaften, die ohne Zinsgarantie die Mittel zum Bau einer Eisenbahn hergeben, und es bleibt also nichts übrig, als daß die bereits bestehenden Gesellschaften das Bahnnetz weiter entwickeln, oder daß der Staat selbst den Bau in die Hand nimmt. Man hat gegen das letztere viele principielle Einwürfe gemacht, aber gerade das von uns bisher beobachtete gemischte System hat sich vorzüglich bewährt, denn da, wo nur Privatbahnen vorhanden sind, wird das Land im Interesse der Actionäre ausgenutzt. Das Princip, daß der Staat nicht selbst die Industrie in die Hand nehmen und Unternehmer werden soll, ist gewiß richtig, kann aber auf den Bau von Eisenbahnen keine Anwendung finden, denn letztere sind nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Beförderung der Industrie. Zudem haben die Staatsbahnen den Vorzug, daß sie durch ihre Concurrenz die Privatbahnen zur Herabsetzung der Tarife im Interesse des Publikums zwingen können. Den Grund, daß dadurch der Staat mit Schulden belastet werde, kann ich nicht als zutreffend anerkennen, denn an Stelle des Geldes tritt ein Werthobject, welches die Creditfähigkeit des Staates eher erhöht, als vermindert. Wenn man der Staats-Eisenbahnverwaltung den Vorwurf der Schwerfälligkeit gemacht hat, so muß man andererseis anerkennen, daß von Seiten der Regierung Alles geschehen ist, dieselbe abzustreifen und sich den anderen Bahnen gleichzustellen.

Abg. Dr. Löwe: Es ist gesagt worden, wir befolgten in Preußen ein gemischtes System, wenn Sie aber die Ausführungen des Vorredners und des Herrn Ministers, wenn Sie den vorliegenden Bericht und die ganze Entwickelung unseres Eisenbahnwesens ins Auge fassen, so werden Sie bemerken, daß wir uns mit starken Schritten von dem gemischten Systeme entfernen und immer mehr dem Prinzip nähern, daß der Staat den Bau der Bahnen selbst übernimmt. Ich will die Summen, die theils in diesem Sinne, theils für Zinsgarantien bereits verwendet worden sind, nicht aufzählen, die Gründe aber, die dafür geltend gemacht worden sind, genügen mir in keiner Weise. Gerade diese Vorlage war geeignet, ein bestimmtes System, welches in Zukunft maßgebend sein soll, festzustellen, und ich bedauere, daß die Commission hierauf zu wenig ihr Augenmerk gerichtet, sondern den Gesetzentwurf mehr als eine Nothstands- wie als eine Eisenbahn-Vorlage behandelt hat. Die Herren, welche für den Bau von Staatsbahnen plaidiren, machen sich die Sache dadurch leicht, daß sie an Stelle des Wortes „Creditfähigkeit" das Wort „Nationalreichthum" setzen, und doch möchte ich der Regierung dringend rathen, gerade die Creditfähigkeit des Staates im Auge zu behalten, um sich nicht auf Bahnen drängen zu lassen, die dieselbe tief erschüttern könnten. Daß Eisenbahnen an sich sehr nützlich und die darauf verwendeten Mittel gut angelegt sind, will Niemand bestreiten; die Frage, um die es sich hier handelt, ist aber die, wie steht es mit der Creditfähigkeit des Staates. Ich komme dem Herrn Minister noch mehr entgegen, indem ich statt des Wortes Nationalreichthum „Staatseigenthum" setze und anerkenne, daß durch das zunehmende Staatseigenthum auch die Creditfähigkeit des Staates gehoben wird; dies gilt aber nur so lange, als das Staatseigenthum rentable Anlagen und nicht fressende Capitalien sind, und dahin werden wir durch Gewährung von Zinsgarantien geführt.

Wird ein Complex von Staatseisenbahnen dem Staate die Mittel gewähren, bei einem plötzlich ausbrechenden Kriege flüssige Gelder zur Hand zu haben? Wir haben in Hannover das Beispiel; wenn wir die Schlacht bei Langensalza nicht gewonnen hätten, und dem König von Hannover dadurch die Möglichkeit gegeben wäre, den Krieg weiter fortzusetzen, so bedurfte er nothwendig einer Anleihe — denn die Abfindungsmillionen hatte er damals noch nicht. Ob er auf den Complex der hannöverschen Staatsbahnen Gelder erhalten hätte, ist mir sehr zweifelhaft, es gilt hier das Sprichwort: „Wenn der Himmel einfällt, sind alle Sperlinge todt". Wenn der Staat sich in einem gedrückten Finanzzustand befindet, so ist Nichts zu machen, auch wenn er ein noch so großes Staatseigenthum gleichsam als Hypothek hinstellen kann, er wird selbst im Frieden eine Anleihe nur zu ungünstigen Bedingungen aufnehmen können. Viel ungünstiger ist die Lage im Kriege und wenn man uns jetzt auch die schönsten Friedensmelodien vorspielt, so ist die Situation noch derart, daß, wenn ich Ihnen mittheilen wollte, was mir von französischen Agenten am Wiener Hofe und anderen Orten zu Ohren gekommen ist, Sie mich für einen Börsenspeculanten halten würden, der à la baisse speculirt. Zu den Gründen, die bereits Herr v. Unruh gegen die Staatsbahnen geltend gemacht hat, füge ich noch den, daß wir dadurch ein Heer von Staatsbeamten erhalten, was wir entbehren können. Das System des „Niederhaltens" einer Partei, welches der Herr Minister des Innern jüngst als das Seinige proclamirt hat, könnte auf diesem Gebiete von dem Herrn Handelsminister übernommen werden. Ein solches System kann den Staat nur corrumpiren, und wir müssen uns hüten, demselben unsererseits Vorschub zu leisten. Nicht weniger schädlich für den Credit des Staates ist die Uebernahme von Zinsgarantien, die schließlich dahin führt, daß Keiner mehr daran denkt, sich auf eigene Kraft zu stützen, sondern Alles vom Staate zu erwarten.

Man hat bei der Privatspeculation häufig den Ausdruck „Schwindel" bei der Hand, und in gewissem Sinne ist keine einzige von diesem „Schwindel" frei, da sie zum Theil auf Illusionen beruhen, die sich dieser oder jener Betheiligte machte, und die später nicht realisirt werden. Bei einem Eisenbahnunternehmen tritt zunächst ein Propositionscomite aus den betheiligten Gemeinden und Kreisen, aus Autochthonen zusammen, und sucht dann zur Durchführung des Projectes einen Capitalisten, dem sie den glänzendsten Erfolg vor Augen stellt; man macht ihm namentlich Aussicht, daß die Kreise den Grund und Boden unentgeltlich hergeben werden, und nachdem der mürbe gemachte Staat die Zinsgarantie übernommen, erklärt sich der Capitalist bereit, das Geld herzugeben. Der Staat selbst hat schon bedeutende Mittel aufgewendet, da verlangen die Kreise Entschädigung für ihren Grund und Boden und zwar natürlich, denn in Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf. Da der Unternehmer nur gebunden ist für den Fall, daß der Boden unentgeltlich hergegeben wird, so muß schließlich wieder der Staat herhalten. An der hinterpommerschen Bahn haben wir ein solches Beispiel, welches zeigt, in welcher Weise eine Zinsgarantie vom Staate erlangt und benutzt wird.

Die Frage, ob für oder gegen Staatsgarantie einer Eisenbahn, ist entscheidend bei den Wahlen, wo derjenige den Vorzug erhält, bei dem man den größten Einfluß auf den Minister voraussetzt. Der Particularismus, der die materiellen Interessen seines Kreises oder seiner Provinz über die des Staates setzt, findet hier reiche Nahrung uud vereinigt Männer der entgegengesetztesten Richtungen. Was die einzelnen in der Vorlage bezeichneten Bahnen betrifft, so werde ich die Mittel für die Bahnen der neuen Provinzen bewilligen, da ich es nicht für wünschenswerth halte, ein dort einmal angefangenes System plötzlich umzuändern. Auch für die Thorn-Insterburger Bahn bitte ich Sie, die beantragten Gelder zu genehmigen, nicht als ob mich die Gründe der Regierung überzeugt hätten, ich halte es aber für einen Akt der Gerechtigkeit, derjenigen Provinz eine Entschädigung zu gewähren, die durch unsere Politik der russischen Grenzsperre gegenüber der Verarmung preisgegeben ist.

Es wäre aber ein schwerer Irrthum, zu glauben, daß der Provinz durch die Eisenbahn allein geholfen werden könne. Es ist nothwendig, durch die politischen Institutionen das Selbstgefühl zu wecken, welches die erste Bedingung zu einer dauernden Selbsthilfe ist, und da muß ich den Herrn Minister daran erinnern, wenn er glaubt, seiner Pflicht genügt zu haben, indem er eine Partei niederhielt (Unruhe rechts), daß er besser gethan hätte, die Hilfsquellen der Provinz Preußen zu entwickeln (große Unruhe rechts). Diese Schuld lege ich vor die Thüre des Ministeriums und gerade des Herrn Ministers des Innern. Man spekulirt jetzt auf Selbsthilfe, statt aber Institutionen zu schaffen, die die Selbsthilfe erst ermöglichen, weigert man sich, für eine Besserung der Kreis- und Gemeindeverhältnisse irgend etwas zu thun. Für die Bahnlinie Dirschau-Schneidemühl sind die Vorbedingungen, die ich vorher anführte, nicht vorhanden. Ich halte die Ausführung des Planes, den die Stettiner Bahngesellschaft verfolgt, eine Bahn von Wangerin über Konitz nach Dirschau zu führen, für vortheilhafter, und würde, wenn man mit der Gesellschaft unter diesen Bedingungen abschließen wollte, selbst für die Uebernahme einer Zinsgarantie stimmen. Wenn man für die Bahnen den Nothstand angeführt und damit denselben in innigen Zusammenhang gebracht hat, so fürchte ich doch, daß die Arbeiten da, wo die Noth am größten ist, keine ausreichende Hilfe bringen werden; denn wenn auch die Witterung den Beginn derselben sofort gestattet, so ist in den ärmsten Districten ein großer Theil der Männer doch bereits so entkräftet, daß sie an den schwereren Arbeiten nicht mehr Theil nehmen können. Ich bitte Sie daher dringend, mit Bewilligung der Gelder Ihr Gewissen nicht beruhigen zu wollen. Nur durch directe Hilfe ist die Noth zu lindern, indem die an Ort und Stelle vorhandenen Vorräthe von Lebensmitteln den Darbenden zur Disposition gestellt werden. (Lebhafter Beifall links.)

Handelsminister Graf v. Itzenplitz: Was das Princip betrifft, so befolge ich das, möglichst viele Eisenbahnen zu bauen und möglichst rasch; mir ist dabei jeder Weg recht, wenn er nur gesetzlich zulässig und anständig ist; also Gesellschafts- und Staatsbahnen mit und ohne Garantie. Wenn ich hier beantrage, eine Bahn mit Garantie zu bauen, so geschieht es, weil es nothwendig ist. Der Herr Vorredner hat behauptet, daß es in unserem Systeme liege, nur Staatsbahnen zu bauen. Dem gegenüber muß ich bemerken, daß der Umfang der zur Zeit von Privatgesellschaften in Angriff genommenen Bahnen ein viel größerer ist, als der in diesem Gesetze genannten. Ich will hier einmal die Bahnen aufzählen, die augenblicklich von Gesellschaften gebaut werden, die Zahl der Millionen, die diese Eisenbahnen kosten, ist eine außerordentlich große. 1) Die Fortsetzung der Köln-Mindener Bahn bis nach Holland; 2) die Fortsetzung der Bergisch-Märkischen Bahn; 3) die Bahn von Frankfurt nach Posen; 4) von Kassel nach Halle; 5) die Bahn Halle-Guben-Sorau, die eben angefangen werden wird; 6) die Verlängerung der Breslau-Freiburger Bahn; 7) von Berlin nach Lebus; 8) die Rechte Oder-Ufer-Bahn; 9) die Ostpreußische Hilfsbahn 2c. Wenn Sie diese Millionen nachrechnen, so werden Sie finden, daß der Umfang der Privatbahnen, die jetzt gebaut werden, bedeutend größer ist, als der der Staatsbahnen.

Abg. Miquel: Die Bahn wird dem augenblicklichen Nothstand freilich nicht abhelfen können, dagegen soll sie die dauernden Ursachen der Verarmung beseitigen und eine Wiederkehr des Uebels verhüten. Die Staatsbahnen aus principiellen Gründen zu verwerfen ist ungerechtfertigt. Die Principien, auf die man volkswirthschaftliche Fragen zurückzuführen sucht, haben keine absolute Wahrheit, sondern ändern sich mit den Zeitverhältnissen. Man muß deshalb an solche Fragen, wie die vorliegende, nicht den Maßstab eines Princips legen, sondern nach der Lage der speciellen Verhältnisse urtheilen. Gerade Bahnen, die wie ein Theil der projectirten, vorläufig eine zweifelhafte Rentabilität haben, können nur vom Staate übernommen werden, weil dieser nicht allein das Interesse hat, aus der Bahn Gewinn zu ziehen, sondern zugleich den Vortheil berücksichtigt, der ihm aus dem Emporblühen der Landestheile erwächst. Außerdem glaube ich, daß keine Provinz eine so bedeutende Zukunft vor sich hat, wie gerade Ostpreußen. Der eigene Vortheil muß Rußland zwingen, die Grenzsperre aufzuheben, die Provinz hat zudem schöne Häfen, guten Boden und ist exportfähig, Grund genug, um die künftige Rentabilität der Bahn außer Zweifel zu setzen. Wenn als Grund gegen die Dirschau-Schneidemühler Linie geltend gemacht wird, daß die Rentabilität der Bromberg-Dirschauer Bahnstrecke geschmälert werde, so ist dies vielleicht richtig, die ganze Ostbahn wird aber durch Verkürzung des Weges nach Rußland so bedeutend gewinnen, daß der Nachtheil vollkommen aufgewogen wird. Die gegen den Bau von Staatsbahnen vorgebrachten Bedenken kann ich nicht theilen. Daß das Kapital dadurch dem Grundbesitz entzogen, daß der Cours der Staatspapiere durch die Eisenbahnpapiere herabgedrückt würde, sind Einwürfe, die ebenso gegen Privatbahnen geltend gemacht werden können. Eine Belastung des Staates und Minderung seiner Creditfähigkeit wird in gleicher Weise durch die Uebernahme einer Zinsgarantie herbeigeführt, wie durch die directe Aufnahme einer Anleihe; ich bitte Sie deshalb, aus diesen Gründen sich von einer Bewilligung der Gelder nicht zurückhalten zu lassen. Redner befürwortet schließlich den Antrag des Abg. v. Unruh und sein dazu gestelltes Amendement, indem er sich namentlich auf den Ausspruch einer hervorragenden militärischen Autorität beruft, die die Wichtigkeit einer schnellen Deckung des Weserthales bei einem Angriff vom Rheine her betont.

Abg. Dr. Bender: Dem Herrn Vorredner danke ich für die gute Meinung und die Wünsche, die er hinsichtlich der Zukunft der Provinz Preußen ausgesprochen hat. Der Abg. von Benda erkennt den Nothstand und die Nothwendigkeit seiner Beseitigung an; dennoch will er gegen die Bahn stimmen und andere Mittel anwenden, um die Ursachen des Uebels zu beseitigen. Welcher Art die Mittel sind, hat er nicht gesagt. Außer der schon hervorgehobenen Besserung der Kreis- und Gemeindeverhältnisse wüßte ich auch keine, und ich empfehle Ihnen deshalb im Interesse der Förderung unserer materiellen Interessen die Annahme der Vorlage.

Abg. v. Denzin bittet, auf die Interessen der Provinz Pommern beim Bau von Eisenbahnen künftig etwas mehr Rücksicht zu nehmen, da diese Provinz in dieser Beziehung am meisten vernachlässigt sei. In den öffentlichen Kreisen von Pommern sei die Noth noch größer, als in Ostpreußen. Die Staatsregierung möge die ernstlichsten Maßregeln ergreifen, die Berlin-Stettiner Gesellschaft anzuweisen, den Bau der Bahn von Stolp nach Dänzig schon im nächsten Frühjahre in Angriff zu nehmen.

Reg.-Commissar v. d. Reck erklärt, daß die Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft den Bau nicht eher in Angriff zu nehmen veranlaßt werden könne, als bis die Frage der Grundentschädigung erledigt sei. Die Regierung hoffe jedoch, daß sie noch im Laufe des Winters zur definitiven Entscheidung kommen und der Bau der Bahn demnächst in Angriff genommen werden könne.

Die General-Discussion wird geschlossen. Refereut Abg. v. Hennig geht zunächst auf die für die Provinz Preußen projectirten Bahnen ein und widerlegt die vom Abg. v. Unruh gegen die Zweckmäßigkeit der betreffenden Bahnlinien vorgeführten Gründe. Die zu bauenden Bahnstrecken würden in ganz entscheidender Weise zur Hebung des Handels und der Landwirthschaft beitragen; es würde u. A. durch die Verbesserung der Communicationsmittel die dortige Landwirthschaft befähigt werden, einen ganz neuen Industriezweig zu betreiben, der bis jetzt dort sehr lahm gelegen, die Viehmästung mit Export. Die finanziellen Verhältnisse unseres Staates wären keineswegs so schlecht, wie einzelne Vorredner es dargestellt; die gesammte Staatsschuld übersteigt nicht die Jahreseinnahme; von einer Gefährdung des Credits könne also unter diesen Verhältnissen nicht die Rede sein. — Die Bahn Dirschau-Schneidemühl, die am schärfsten angegriffen worden, sei durchaus zweckmäßig und nothwendig; diese Strecke sei die alte Handelsstraße. Der Vorwurf des Abg. Löwe gegen die Commission, weil sie der principiellen Frage, ob Staatsbahn, ob Privatbahn, nicht näher getreten sei, sei ungerechtfertigt. Das Haus habe der Commission bei der Wahl eine solche Aufgabe nicht gestellt; habe man das gewollt, so würde man die Vorlage besser an die betreffenden Fach-Commissionen für Handel und Gewerbe, und für Finanzen und Zölle überwiesen haben. Die besondere Commission habe nur über die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit der einzelnen Bahnen zu berathen gehabt und habe sich dieser Aufgabe mit Eifer und Fleiß unterzogen.

Es sei allerdings richtig, daß auch die Commission nicht die Ansicht gehabt hatte, daß alle zu bauenden Bahnen gebaut werden sollten, um einem schon bestehenden Nothstande abzuhelfen; die allgemeinen Staats-Interessen wären zum großen Theil mit maßgebend gewesen. Auch die Bahnen in Ostpreußen würden natürlich nicht unmittelbar und sofort dem Nothstande abhelfen; sie würden aber schon bald indirect zur Milderung desselben mit beitragen, indem Arbeitsgelegenheit 2c. dadurch verschafft würde. Die Lust zur Thätigkeit und zum Betrieb der Geschäfte, die durch die Calamität theilweise erloschen, werde dadurch wieder angeregt werden. — Redner giebt sodann ein Bild von den Leiden der Provinz Preußen vom Jahre 1813 an, von den Verkehrsbeschränkungen 2c., von den ungünstigen Verhältnissen, mit denen sie immer zu kämpfen gehabt und die — ohne eigene Schuld der Eingesessenen — den Nothstand hauptsächlich veranlaßt. — Der Bau der beiden preußischen Bahnen sei auch in militärischer Beziehung ganz besonders wünschenswerth. — Den vom Abg. von Vincke angedeuteten Vorwurf, als ob die Bewohner der Provinz Preußen Capital zu machen suchten aus ihrem Nothstande, weist er entschieden zurück; die Abgeordneten der Provinz Preußen hätten einen solchen Vorwurf nie verdient; im Gegentheil hätten sie stets die allgemeinen Staats-Interessen gegen die Provinzial-Interessen in den Hintergrund treten lassen; der beste Beweis sei der, daß sie seiner Zeit gegen den Bau der Ostbahn aufgetreten wären. Der Bau der im Gesetze projectirten Bahnen sei aber wichtig, nützlich und nothwendig im allgemeinen Staatsinteresse. (Beifall.)

Es folgt nun die Special-Discussion über Paragraph 1, Nr. 1: Für die Vollendung der Eisenbahn von Göttingen nach Ahrenshausen mit 259,000 Thlr.

Abg. Bieck empfiehlt den dazu gestellten Antrag Unruh's.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Wie kommen wir denn eigentlich dazu, über etwas zu sprechen, worüber die Regierung weder eine Erklärung abgegeben, noch einen Antrag gestellt hat? das Amendement lautet dahin, der Staatsregierung jetzt schon zu sagen, daß, wenn sie Das und Das thun wollte, dem das Haus widersprechen würde. Es scheint mir parlamentarisch unmöglich und auch gefährlich, ich weiß nicht, wie ich mich parlamentarisch ausdrücken soll — Etwas zu thun, was keine Wirkung hat. Wenn die Regierung niemals hierhin zielende Anträge richtete, was wäre dann mit diesem Beschlusse erreicht? Außerdem aber ist die Staatsregierung nicht nur physisch nicht unsterblich, sondern auch politisch, physisch und politisch unsterblich ist aber auch nicht die Kammer; es scheint mir daher nicht parlamentarisch, über dieses Amendement, das ich zu verwerfen bitte, zu sprechen. Ich habe keinen Auftrag, eine betreffende Erklärung abzugeben. In der Zeit, wo der Vertrag und die Garantie über diese Bahnen abgeschlossen wurde, hat kein Mensch an Münden, sondern nur an Groß-Almerode-Kassel gedacht.

Abg. Dr. Bähr (Kassel) (vom Platze) empfiehlt die unveränderte Annahme der Position. Der Bau der betr. Bahn beruhe auf Verträgen und Verpflichtungen, die lange vor der Annexion abgeschlossen, resp. eingegangen seien. Die Verträge, welche mit der ehemalig kurhessischen Regierung abgeschlossen sind, wären vielleicht juristisch nicht mehr gültig; aber das kurhessische Volk existire noch, und könne nach wie vor verlangen, daß seine Interessen gewahrt würden. Redner bekämpft sodann den Antrag Unruh. Es werde in Hessen sehr großer Werth auf das Zustandekommen der früher versprochenen Bahn gelegt; Kurhessen sei Preußen mit großem Vertrauen entgegen gekommen und könne deshalb wohl erwarten, daß man auch seine sachlich begründeten Wünsche nach Möglichkeit berücksichtige.

Der Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Graf Schwerin bittet, daß die Redner künftig auf die Tribüne gehen möchten, da es unmöglich sei, sie zu verstehen, wenn sie, wie der Vorredner, vom Platze sprächen. (Für die Berichterstatter ist es wiederum fast unmöglich, die Redner zu verstehen, wenn sie von der Tribüne sprechen.)

Abg. v. Elmendorff befürwortet den Antrag Unruh, ist aber schwer verständlich, da er von der Rednertribüne spricht.

Vom Abg. v. Vincke (Minden) ist zu Nr. 1 ein Amendement gestellt, durch welches der eigentliche Sinn des Unruh'schen Antrages, daß die Bahn nach Kassel über Münden geführt werden soll, in den Tenor des Gesetzes aufgenommen wird.

Abg. Dircks (von der Rednertribüne) bleibt vollständig unverständlich; er ist für die Regierungsvorlage eingeschrieben, wird diese also wahrscheinlich empfehlen und den Antrag Unruh, event. das Amendement Vincke bekämpfen.

Abg. v. Unruh: Mein Antrag motivirt sich aus den Motiven der Regierung zum Gesetzentwurf, aus denen ganz klar die Absicht hervorgeht, die Halle-Kasseler Bahn über Groß-Almerode führen zu lassen. Ich bin entfernt davon, den Hessen einen Schaden zufügen zu wollen, aber ich muß mich dem entgegensetzen, 4 bis 5 Millionen aus dem National-Vermögen geradezu wegzuwerfen. Und das würde mit der Eisenbahn über Groß-Almerode an dem Tage der Fall sein, wo die Linie Ahrenshausen-Münden, die so wie so früher oder später zur Ausführung kommen muß, eröffnet wird. Redner bittet um Annahme des Vincke'schen Antrages.

Der Handelsminister protestirt noch einmal gegen die Annahme des Antrages v. Vincke und des Antrages v. Unruh als unparlamentarisch und als einen Eingriff in die Verwaltung.

Abg. v. Unruh nimmt in Folge dessen seinen Antrag wieder auf.

Abg. Bieck zieht seinen Antrag zu Gunsten des Vincke'schen zurück.

Abg. Uloth vertheidigt mit großer Wärme unter zeitweiliger Heiterkeit des Hauses die Regierungsvorlage.

Abg. v. Vincke (Minden): Daß die Resolution nicht zur Sache gehört, hat Abg. v. Unruh schon gebührend widerlegt und der Herr Minister hat durch sein Stillschweigen hierauf nachträglich wohl seine Zustimmung ertheilt. Er hat ferner gemeint, daß eine solche Resolution des Hauses keine Wirkung haben würde. Diese Meinung muß ich energisch zurückweisen. Wir können wohl erwarten, von der Regierung mit der gehörigen Rücksicht behandelt zu werden; eine solche Sprache, wie sie der Herr Minister geführt hat, sind wir aber nicht gewohnt. Die Regierung hat zu allen Zeiten die Ansichten des Hauses zu respektiren, vor Allem, wenn es sich darum handelt, zu welchem Zwecke das zu bewilligende Geld verwandt werden soll. Der Herr Minister hat gesagt: Dies sei eine bloße Verwaltungs-Angelegenheit, da habe das Haus nicht mitzusprechen. Ich glaube wohl, daß es nicht eine bloße Verwaltungs-Angelegenheit ist, wenn es sich um die Bewilligung einer Anleihe von 40 Millionen handelt und um die Zwecke ihrer Verwendung, es ist das verfassungsmäßige Recht des Hauses, hierbei mitzuwirken, hierbei seine Bedingungen zu stellen.

Eine solche Bedingung ist die Resolution Unruh. Es ist deshalb in der That wunderbar, wie der Herr Handelsminister diese Resolution für „nichts bedeutend" halten kann. Wenn er die Phantasie hat, zu glauben, daß diese Resolution, die von allen Seiten des Hauses unterstützt wird, künftig von einem anders zusammengesetzten Hause nicht mehr anerkannt werden würde, oder daß, selbst wenn er beistimme, alle seine künftigen Nachfolger daran doch nicht gebunden wären, so bewundere ich diese Phantasie, kann sie aber nicht theilen; habe mich aber gerade hierdurch bewogen gefunden, diese Bedingung in das Gesetz selbst hineinzubringen, damit ihre Wirksamkeit nicht mehr angezweifelt werden kann. Ich will dadurch einen Riegel vorschieben, damit weder diese noch eine andere Regierung, noch ein anderes Haus sie jemals ignoriren könne.

Das nennt nun der Herr Minister unparlamenlarisch, während es doch weiter nichts ist, als die verfassungsmäßige Ausübung der Befugnisse dieses Hauses. Wir haben hierfür auch schon einen sehr naheliegenden Präcedenzfall, bei der Fortführung der westfälischen Eisenbahn von Münster nach Mainz, als die Staatsregierung aus Concurrenz gegen den Fürsteu v. Bentheim-Steinfurt der Bahn eine andere, die allgemeinen Verkehrsinteressen schädigende Richtung geben wollte; damals ist auf den Antrag des Abg. Rohden die Linie, wie sie geführt werden sollte, in das Gesetz hineincorrigirt worden. Redner hob sodann nochmals die erheblichen sachlichen Gründe hervor, welche für die Richtung der Bahn über Münden sprechen und welche den Abgeordneten Unruh zu seinem Antrage veranlaßt: Die Linie von Ahrenshausen über Münden ist über ⅛ Meile näher, als die über Großalmerode. Der Bau über Großalmerode kostet 4—5 Mill. Thlr. mehr, als der über Münden.

Die Linie über Großalmerode hat so starke Steigungen (1 : 70) und so kleine Kurven, daß diese Bahn für den Transport schwerer Güter- und Militärzüge schlecht geeignet und im Betriebe sehr theuer sein würde, während die Bahn nach Münden im Thale der Werra mit erheblich geringeren und kürzeren Steigungen auszuführen ist. Die 7 Millionen Thaler kostende Bahnstrecke von Ahrenshausen über Großalmerode nach Kassel wird durch die, jedenfalls doch zur Ausführung kommende, nur 2 Millionen Thaler kostende Linie Ahrenshausen-Münden bis auf den unerheblichen Lokal-Verkehr todtgelegt. — Redner schließt unter großem Beifall mit einem energischen Appell an den Handelsminister und an die hessischen Abgeordneten, kleinliche Lokal-Interessen den allgemeinen Verkehrs- und politischen Interessen nicht vorzustellen.

Der Handelsminister entgegnet, daß er, als er das erste Mal das Wort ergriffen, nur gegen die Resolution gesprochen habe. Die Rechte des Hauses seien ihm heilig, das habe er immer bewiesen; auch die Resolutionen des Hauses seien ihm von großem Gewichte, aber das halte er für ungewöhnlich und habe es noch nicht erlebt, daß man Resolutionen über Gegenstände faßt, die gar nicht in Frage stehen. Die Staatsregierung stimme dem Amendement nicht bei.

Referent Abgeordneter von Hennig schließt sich dem Amendement von Vincke an.

Bei der Abstimmung wird das Amendement Vincke und sodann die Position 1 mit dem Amendement Vincke mit sehr großer Majorität (nur etwa 10 Abgeordnete aus Hessen und Hannover stimmten dagegen) angenommen.

Die Positionen 2—4 werden rasch genehmigt. Nur zu Nr. 4 (Bebra-Hanau) nimmt Ziegler (Hanau) die Aufmerksamkeit des Hauses längere Zeit in Anspruch, ohne sie zu beschäftigen.

Inzwischen ist drr Saal erleuchtet und das Thermometer weist + 18 Gr. R. auf. Die Temperatur auf der Tribüne ist höher und würde sich bei Fortdauer der Sitzung rasch erheblich steigern. Präsident v. Forckenbeck will in der Spezialdiscussion fortfahren, aber v. Vincke (Minden) erinnert daran, daß es 4 Uhr ist, worauf der Präsident dem Hause die Alternative stellt, entweder mit der Berathung fortzufahren oder im Falle der Vertagung eine Abendsitzung um 7 Uhr abzuhalten. Das Haus entscheidet sich mit sehr großer Majorität für die Vertagung, mit einer sehr kleinen kaum erkennbaren, der Gegenprobe bedürftigen für die Abendsitzung. Die Resultate derselben können wir um so eher in der nächsten Nummer mittheilen, als die Schlußabstimmung über das amendirte Gesetz im Ganzen doch erst in der folgenden Sitzung stattfinden kann. Ohne die Abendsitzung würde dies erst am Montag geschehen können. Offenbar hat sich zwischen dem Wunsche des Präsidenten die Vorlage noch heute zu erledigen und dem Discussionsbedürfniß des Hauses eine andere Ausgleichung nicht finden lassen. Die Berichterstatter aber, die sich ihrer Pflicht, die Mühen und Arbeiten des Hauses zu theilen, wohl bewußt sind, haben nach einer von 10 bis 4 Uhr dauernden Sitzung und, da doch morgen auch noch ein Tag ist, der eine Sitzung von derselben Dauer verheißt, einmüthig beschlossen, für heute Abend zu Gunsten des Telegraphen zu abdiciren.

Berlin, 17. Jan. [Amtliches.] Der praktische Arzt Dr. Hoelker zu Münster ist zum Kreis-Wundarzt der Stadt und des Kreises Münster ernannt worden.

[Akademie der Wissenschaften.] Die königliche Akademie der Wissenschaften hat in ihrer Plenarsitzung vom 16. Januar 1868 den Herrn Hermann Brockhaus in Leipzig zum correspondirenden Mitgliede ihrer philosophisch-historischen Klasse ernannt.

[Finanz-Ministerium.] Unter Bezugnahme auf den § 9 des Gesetzes vom 27. September 1866 (Gesetz-Sammlung Seite 586) wird hierdurch bekannt gemacht, daß am 31. December v. J. 440,640 Thlr. in Darlehnskassenscheinen im Umlauf gewesen sind.

Berlin, 17. Jan. [Se. Majestät der König] empfingen heute den General-Adjutanten, General-Major von Treskow, den Polizei-Präsidenten von Wurmb, den nach Stuttgart commandirten Major von Loos, des 2. Garde-Regiments z. F., ließen Sich Meldung von mehreren zu höheren Stellen beförderten Militärs erstatten, nahmen aus den Händen des Kammerherrn Grafen Lüttichau die Orden des verstorbenen General-Lieutenants a. D., Grafen Lüttichau, entgegen und arbeiteten mit dem Minister des königlichen Hauses, Freiherrn von Schleinitz.

[Bei den königlichen Majestäten] fand gestern ein Diner für Se. Durchlaucht den Fürsten von Waldeck und Abends eine musikalische Soirée statt, zu welcher die Botschafter mit ihren Gemahlinnen und ein größerer Kreis von Gästen geladen waren.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags militärische Meldungen entgegen und empfing den Geheimen Regierungs-Rath von Salviati. Um 5 Uhr speisten beide kronprinzliche Herrschaften bei Ihren Majestäten. Abends besuchte Se. königliche Hoheit der Kronprinz die Soirée Ihrer Majestät der Königin.

(St.-Anz.)

[Die silberne Säule], welche das preußische Heer dem Könige zu seinem 60jährigen Militärjubiläum gewidmet, ist jetzt in der Arbeit vollendet und im Thronsaale des königl. Schlosses aufgestellt. Sie ist nach der Schilderung der „Kreuzztg." neun Fuß hoch, am Postament mit einer Fülle bildlicher Darstellung und enthält in dem Lorbergewinde, das sie vom Sockel bis zur Höhe umzieht, durch erhabene Schrift angedeutet, 144 denkwürdige Momente aus dem Leben des Königs, wird überhaupt als ein interessantes Kunstwerk bezeichnet.

[Vorschlag.] Die „Zkft." macht folgenden praktischen Vorschlag: Alljährlich werden von Eisenbahn-Directionen und dem Commando der Schutzmannschaft die alten, abgelegten Uniformen, Beinkleider, Pelze und Mäntel auf Auctionen verkauft, wäre es für diesmal nicht rathsamer, solche Bekleidungsgegenstände den armen und frierenden Leuten in Ostpreußen schleunigst zu übersenden?

[Der Abg. Bleibtreu] hat sein Mandat (für Sieg-Mühlheim-Wipperfürth) niedergelegt.

[Unerhört!] Die „V.-Z." bringt folgende Zuschrift: Einem Privatbriefe entnommen, theile ich Ihnen folgendes unerhörte Factum aus dem Dorfe Grünweitschen bei Gumbinnen mit: Eine im höchsten Elende sich befindende Familie erhielt von einem Agenten des Hilfscomite's in Königsberg 5 Thlr. Baarunterstützung am Vormittage des 8. Januar 1868. Der Familienvater und drei Kinder lagen fast verhungert und krank im Bette, und in den Augen der Frau, welche das Geld in Empfang genommen hatte, glänzten noch Thränen des Dankes. — Gegen Mittag tritt der Executor zufällig in die Stube und sieht auf dem Tische die 5 Thaler liegen. Mit mitleidsvoller Miene zieht er von denselben 3 Thlr. 2½ Sgr. als rückständige Steuerreste ein, sagt aber der Frau dabei, welche vor Entsetzen kaum der Worte fähig ist, daß sie diese Summe wohl zurückerstattet erhalten würde, wenn sie eine Eingabe machte." (Wir wünschen dringend, meint die „Kreuzzeitung", daß diese Mittheilung unrichtig sei. Da sie aber in solcher Fassung kaum veröffentlicht werden würde, wenn nicht etwas Wahres an der Sache wäre, so theilen wir sie zu weiterer Veranlassung hier mit.)

Stuttgart, 17. Jan. [Abgeordnetenhaus.] Sämmtliche Minister sind anwesend. Beginn der allgemeinen Debatte über das Kriegsdienstgesetz. Die Abgeordneten Zeller, Römer, Fetzer, Hölder sprechen für, Becher, Mohl, Tafel, Mehring, Schuldt gegen das Gesetz. Der Kriegsminister verspicht eine Erklärung der Regierung über die von einigen Seiten geforderte Herabsetzung der Präsenzzeit auf weniger als 3 Jahre.

Karlsruhe, 17. Jan. [Die erste Kammer] nahm in ihrer heutigen Sitzung den Gesetzentwurf, betreffend die Militär-Strafgerichtsordnung, einstimmig an. Zwei Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Oesterreich.

Wien, 17. Jan. [Die Generalversammlung der Actionäre der Nationalbank] nahm folgenden Antrag des Bankdirectoriums an: Die Generalversammlung ermächtigt den Ausschuß des Bankdirectoriums zu Verhandlungen mit der Regierung behufs Erwirkung einer Entschädigung und einer vorläufigen Vereinbarung über Aenderung des in den Statuten von 1863 getroffenen Uebereinkommens.

℘ **Aus Nordösterreich**, 16. Jan. [Klapka's „Szazadonk". — Ruthenische Agitation. — Preßproceß. — Ueberwachung der moldauischen Grenze. — Kuzemski.] Auch unsere neuen Minister werden es kaum zu hindern vermögen, daß der alte Hader und Zank der einmal unversöhnlich gewordenen Nationalitäten unseres dahinsiechenden Staates wieder ausschließlich auf unserem politischen Felde sich umhertummeln werden. Im Ausland und zumal in dem mehr oder minder kosmopolitischen Deutschland hat man eben keinen Begriff von dem sonderbaren Hexensabbath, welchen die unter dem Namen Oesterreich zusammengewürfelten Nationen und Natiönchen unter sich und gegenseitig aufführen, und man muß eben mitten in

diesem Wirbel leben, um schließlich zu begreifen, daß dagegen alle staatsmännische und politische Kunst so ziemlich Sisyphusarbeit ist. So lauten wieder die jüngsten Nachrichten aus Ungarn für die Wiener Regierung nichts weniger als befriedigend. Im österreichischen Kriegsministerium herrscht nämlich nicht geringe Verlegenheit über das Bestreben der Kossuth-Partei, die Nationalarmeefrage in Ungarn durchzusetzen, und die Folge wird es lehren, ob jener Agitation die Wiener Regierung gewachsen ist. Neben dem ultrarevolutionären Militärjournal „Honved" giebt jetzt bekanntlich auch Klapka eine militärisch-politische Zeitschrift unter dem Titel „Szazadonk" heraus, welche gleichfalls die nationale Fahne und magyarisch sprechende Offiziere für die ungarische Armee verlangt, „denn die Fahne und das Wort vermögen den Soldaten zu begeistern". Ungarn könne in Zeit der Noth eine halbe Million Streiter ins Feld stellen, denn es erreichten jährlich 145,000 Jünglinge das 20. Lebensalter. Zöge man hiervon 30 pCt. Untaugliche und 15 pCt. einzige Söhne (die erfahrungsmäßigen Procentsätze in Ungarn) ab, so blieben 740,000 Männer zwischen 20 bis 30 Jahren. Von diesen die Zahl der inzwischen Sterbenden abgezogen, blieben 739,000 kriegstüchtige Männer, von denen 500,000 unter die Fahne gerufen werden können. — Wie man aus Lemberg vom 14. d. schreibt, herrscht unter den dortigen Ruthenen seit den jüngsten kriegerischen Kundgebungen der russischen Presse eine auffällige Bewegung. Namentlich ergehen sich die ruthenischen Journale „Slowo" und „Pismo do gromady" in den heftigsten Angriffen gegen die österreichische Regierung, weshalb die Staatsanwaltschaft sehr nachdrücklich gegen die ruthenischen Journale auftritt. So wurde dieser Tage ein Preßproceß gegen den ruthenischen Literaten Sewerin Sachowicz wegen eines Artikels im „Pismo do gromady" zu Ende geführt. Die Staatsanwaltschaft beantragte sechs Wochen Kerker; das Gericht verurtheilte Sachowicz zu 14 Tagen Arrest. — Aus der Bukowina langen heute eigenthümliche Nachrichten ein. Es heißt nämlich, daß die moldauische Grenze seitens der romanischen Polizei seit einigen Tagen sehr scharf bewacht werde, und jene zumal nach polnischen Emissären fahnde. Schon vor etwa einer Woche ging das Gerücht, die Minister Adrian und Bratiano hätten allen Präfecturen an der österreichischen Grenze den Auftrag gegeben, in ihren Districten genau die dort wohnenden Polen zu bewachen, ferner längs der ganzen bukowinischen Grenze einen Cordon zu ziehen und jeden die Grenze überschreitenden Polen zu verhaften. Man wird indeß gut thun, die Bestätigung dieser sonderbaren Nachrichten abzuwarten. — Der aus Oesterreich (Galizien) nach Rußland ausgewanderte ruthenische Geistliche Kuzemski ist von der russischen Regierung zum Bischof der Chelmer Diöcese designirt. Kuzemski hat in Galizien in hervorragender Weise die ruthenische Agitation betrieben und offen die Annexion an Rußland befürwortet.

Amerika.

New-York, 2. Jan. [Wechsel der Districts-Commandanten. — Zur Negerfrage.] Durch das Kabel ist bereits die Nachricht von der Entfernung der Generale Pope und Ord aus ihren Stellen als Districts-Commandanten nach Europa gelangt. Letzterer war um seine Ablösung eingekommen und geht an Stelle seines Nachfolgers, General M'Dowell, nach Californien. Pope wird durch General Meade ersetzt und hat sich in Washington zu melden. In New-Orleans haben sich mehrere republikanische Vereine für die Präsidentschaftscandidatur des Oberrichters Chase erklärt. Die Staatsconvention von Louisiana hat in ihren Constitutionsentwurf ausdrücklich eine Klausel aufgenommen, wodurch der verhaßte Unterschied in Betreff der Farbe bei Zulassung zu den öffentlichen Beförderungsmitteln (Eisenbahnen und Dampfbooten) abgeschafft wird. — Elf von den 23 republikanischen Candidaten in Alabama sind zurückgetreten.

12. Januar. [General Meade.] Der von dem Präsidenten eben an General Pope's Stelle zum Commandanten des dritten Militär-Bezirkes ernannte General Meade hat den Gouverneur Jenkins von Georgia seiner Stelle entsetzt und ihm den General Dun zum Nachfolger gegeben. Jenkins hat an den Präsidenten um Schutz appellirt.

A. A. C. **Philadelphia**, 30. Dec. [Die Bewegung zu Gunsten der Berufung des Generals Grant zum Präsidenten der Vereinigten Staaten] gewinnt täglich mehr an Stärke. Auf der anderen Seite wird auch bedeutend für Chase gewirkt. Grant wäre, so wie die Sachen jetzt stehen, der Erwählung gewiß; beide Parteien, sowohl die republikanische als auch die demokratische, arbeiten für seine Berufung zu dem höchsten Posten im Staate; die Republikaner erachten seine Wahl als etwas Selbstverständliches, und die Demokraten befürchten eine Niederlage, wenn sie der Wahl opponiren; die politische Schlacht dürfte daher zwischen den beiden Parteien wegen des Vicepräsidenten und der Mitglieder des Congresses ausgefochten werden. Ob aber Chase sich durchbringen ließe, ist sehr fraglich. Der aus den ersten Geschäftsleuten New-Yorks bestehende Ausschuß hat eine Proclamation erlassen, die Bewegungen von politischen Wühlereien sorgfältig fern zu halten, alle Parteien zur Annahme des Generals zu zwingen und sich auch namentlich mit der Aufstellung des Vicepräsidenten nicht zu befassen.

[Die Noth im Süden.] Von allen Theilen des Südens laufen Nachrichten über den daselbst herrschenden Nothstand ein und über die Furcht wegen Ausbruchs von Negeraufständen. General Gillem ist der Ansicht, daß nach Neujahr drei Fünftel der Neger außer Beschäftigung kommen werden, weil die Pflanzer die Baumwollzucht nicht mehr in dem bisherigen Grade betreiben wollen. Nach einer Schätzung des „New-York Herald" dürften binnen Kurzem drei Millionen Seelen, Weiße und Schwarze, dem Mangel und der Verarmung anheimfallen. Die Befürchtnisse wegen Negerrebellionen sind nicht so ganz unbegründet. Die Schwarzen sind alle bewaffnet und von Noth und Hunger getrieben, dürften sie das Aeußerste wagen. Die „Fremden-Bureaux" scheinen sich vollständig unfähig zu beweisen, die Gesetzlosigkeit der Neger im Zaume zu halten und da ihre gesetzliche Auflösung nahe bevorsteht, dürften wenig oder gar keine Mittel zur Aufrechthaltung der Ruhe und des Friedens zur Hand bleiben, und die militärische Gewalt erstreckt sich vorläufig nur auf ein paar Städte und Militärstationen.

[Attentat.] Daß es gewagt sein würde, den Süden schon jetzt sich selbst zu überlassen, erhellt sich aus folgendem Vorfall, der das größte Aufsehen erregt. Am 28. d. Mts. wurde in Mobile auf den Bundesrichter Bustead aus Newyork auf offener Straße, vor dem Postgebäude, von dem Districtsanwalt Martin geschossen. Martin, ein Südländer reinsten Wassers, war wegen Betruges angeklagt, fühlte sich durch einige Worte, welche der Richter während der Verhandlung gesprochen, verletzt und ergriff diesen Weg, um sich zu rächen. Bustead liegt hoffnungslos darnieder. Martin ist verhaftet.

Provinzial-Zeitung.

§—§ **Breslau**, 17. Januar. [Grundbesitzer-Verein.] In der gestern Abend im Saale des „gelben Löwen" auf der Oderstraße abgehaltenen General-Versammlung stand auf der Tagesordnung:

1) Vorstandswahl. Dieselbe wurde nach einigen Bemerkungen des Vorsitzenden, Hrn. Misch, und des Hrn. Friese bezüglich der den Anwesenden eingehändigten, gedruckten Vorschlagsliste auf Antrag des Herrn Hauptmann a. D. Roth durch en-bloc-Annahme derselben vollzogen. Der Vorstand wird demnach nunmehr gebildet durch die Herren Hausbesitzer Misch als 1. und Kaufmann Winter als 2. Vorsitzender, Justizrath Salzmann als Stellvertreter, Kaufmann H. Silberstein als Kassirer, Kaufmann O. Friese als Schriftführer, Kaufmann B. Rabe als dessen Stellvertreter, Fabrikbesitzer E. Hofmann, Kaufmann und Fabrikbesitzer E. Bauer, Partikulier Th. Stahl, Kaufmann W. Hamburger, Weißgerbermeister Würdig, Partikulier Groche, Kaufmann und Deichhauptmann Rockel, Strumpfwirkermeister Monse und Seifensiederm. Kalinke als Beisitzer.

2) Geschäftliche Mittheilungen. Der Vorstand hat sich veranlaßt gesehen, dem Magistrat officielle Mittheilung von dem Bestehen des Vereins zu machen und dessen Statuten zu übersenden. Es ist hierauf ein Schreiben des Magistrats eingegangen, worin derselbe für die Zusendung der Statuten dankt. — Das im December v. J. erlassene Circular, worin die Grundbesitzer Breslaus zum Beitritt zum Verein aufgefordert werden, ist in 500 Exemplaren vertrieben worden und hat guten Erfolg gehabt. Durch den zahlreich erfolgten Beitritt hat die Mitgliederzahl bereits die Zahl 200 überschritten. So erfreulich diese Thatsache ist so steht diese Zahl doch in keinem Verhältniß zur Zahl aller Grundbesitzer Breslaus. Der Vorstand wird daher nach einigen Bemerkungen der Herren Linke, Roth und des Vorsitzenden beauftragt, seine Bemühungen in gleicher Weise fortzusetzen, und zu den etwa nöthig werdenden Ausgaben ermächtigt. — Ein von Herrn Linke eingegangenes Schreiben, die Einquartierungsfrage betreffend, kann erst in nächster Vorstandssitzung zur Vorberathung gelangen.

3) Städtische Feuer-Societät. Ein beim Vorstande eingegangenes Schreiben macht auf die bedeutende Höhe des für die Societät gebildeten Reserve-Fonds, der bereits die Summe von 80,000 Thlrn. überschreiten soll, darauf aufmerksam, daß die für denselben in Zahlung kommende Prämie zwar an sich gering sei, bei größeren Grundstücken aber doch zu einer Last werde. Mit Rücksicht hierauf wünscht das Schreiben, daß Magistrat ersucht werde, den Reservefond nicht weiter zu erhöhen. Der Vorsitzende schlägt vor, eine Commission zu ernennen, welche die von dem Antragsteller angeführten Verhältnisse prüfen soll und dann eventuell eine bereits im Entwurf vorhandene Petition an den Magistrat zu richten. Die Versammlung ist damit einverstanden und ernennt die Herren Partikulier Groche, Kaufmann Doma, Maurermstr. Schmidt, Kfm. Friese, Kaufm. Winter und den Vorsitzenden zu Mitgliedern der Commission.

4) Straßenbereinigung. Hr. Winter erinnert als Referent in dieser Angelegenheit daran, daß der Verein, angeregt durch Hrn Schierer, eine Commission niedergesetzt habe, welche die Frage erwägen solle, ob nicht die ganze Straßenbereinigung besser Privatunternehmern zu überlassen sei. Die Commission beschloß, den Magistrat zu ersuchen, bei den Magisträten größerer Städte Preußens über die dortigen Verhältnisse bezüglich des in Rede stehenden Verwaltungszweiges Informationen einzuziehen. Das sei geschehen und es frage sich, ob der Verein sich nunmehr auf seine Kosten Abschrift der eingegangenen Gutachten verschaffen oder versuchen wolle, auf anderem Wege Kenntniß von denselben zu erhalten. Hr. Hauptmann a. D. Roth erklärt sich im Stande und bereit, Auskunft zu ertheilen, da die Stadtverordneten-Versammlung sich gleichfalls bereits mit der Frage beschäftigt habe. Der Berliner Magistrat habe mitgetheilt, daß man allerdings einen theilweisen Versuch gemacht, die Straßenbereinignng der Privatspeculation zu überlassen; derselbe sei jedoch mißlungen und man habe sich, nachdem 96,000 Thlr. ausgegeben worden, genöthigt gesehen, die Sache selbst wieder in die Hand zu nehmen. Aehnliches sei, theilt Hr. Roth weiter mit, von Danzig aus berichtet worden. Seiner Meinung nach werde sich auch hier die Sache nicht durchführen lassen und man könne dem Magistrat nur dankbar sein, wenn er das bisherige Verhältniß fortbestehen lasse. Billiger werde die Straßenbereinigung auch, wenn sie durch Private besorgt werde, nicht zu haben sei. Herr Polte wünscht, daß die Angelegenheit trotzdem nicht aus den Augen gelassen werde. Herr Friese schließt sich dem an und glaubt, daß, wenn neue Erfahrungen gesammelt sein würden, vielleicht weitere Schritte gethan werden könnten. Man beschließt, die Sache vorläufig auf sich beruhen zu lassen. — Herr Rabe bringt hierbei den neuerdings gebildeten Verein für Straßenbesprengung zur Sprache, den Herr Roth den Anwesenden noch besonders empfiehlt, obwohl er gegen einige der aufgestellten Bedingungen Bedenken hegt. Auch der Vorsitzende und Herr Friese sprechen Zweifel in Bezug auf die Ausführbarkeit des Unternehmens aus.

5) Eine Sammlung für Ostpreußen wird durch Herrn Winter und ein im Fragekasten enthaltenes Schreiben angeregt, von einer solchen aber nach längerer Debatte, in Erwägung, daß die Mitglieder wohl alle bereits anderweitig in Anspruch genommen wurden, der Verein auch noch über zu geringe Mittel gebietet, um einen angemessenen Beitrag leisten zu können, Abstand genommen.

6. Verbindungsbahn. Nachdem Herr Roth berichtet, daß Magistrat der Bildung einer gemischten Commission zugestimmt habe und daß, äußerem Vernehmen nach für die Verbindungsbahn ein ganz neuer Plan entworfen werde, tritt die Versammlung dem Vorschlage des Vorsitzenden bei, event. die Agitation des für die Angelegenheit der Verbindungsbahn bestehenden Comites zu unterstützen. Herr Rendant Eckert erklärt, daß er es auch jetzt noch für geboten erachte, mit allen gesetzlichen Mitteln und ganz energisch vorzugehen. Er glaube nicht, daß Jemand in Breslau besser über den Stand der Angelegenheit unterrichtet sei, als er, doch wolle er hier nicht weitere Mittheilungen machen, werde sie aber einer etwa zu ernennenden Commission nicht vorenthalten. Die Versammlung beschließt nach längerer Debatte, an der sich die Herren Roth, welcher bittet, den Behörden nicht vorgreifen zu wollen, Polte, Winter, Friese, Rabe, Hamburger, Eckert und der Vorsitzende betheiligen, die Wahl einer solchen Commission. In dieselbe werden gewählt die Herren Eckert, Maurermeister Kleemann, Hausbesitzer Misch, Partikulier Linke, Brauereibesitzer Friebe, Director Tamme und Kaufmann Winter.

7. Hypotheken-Angelegenheit. Herr Winter berichtet, daß Herr Rendant Gräger die Ausarbeitung eines Statuts für ein Hypothekenpfandbriefs-Institut übernommen habe. Bevor diese umfangreiche Arbeit nicht vollendet sei, könnten weitere Schritte nicht geschehen. Gleichzeitig macht er auf zwei dem Herrenhause in seiner letzten Sitzung zugegangene Gesetzentwürfe aufmerksam.

Da inzwischen die Zeit sehr vorgerückt ist, so wird der letzte Punkt der Tagesordnung, Erledigung des Fragekastens, vertagt und beschlossen, im Laufe des Januar noch eine zweite Sitzung abzuhalten.

---

§—§ **Breslau**, 16. Januar. [Nähterinnenverein.] In der am 14. d. Mts. abgehaltenen Vierteljahresversammlung wurde nach einer kurzen Begrüßung der erschienenen Mitglieder des Vereins durch den Schriftführer, Dr. Thiel, von diesem der Jahresbericht pro 1867 erstattet. Nach demselben betrug die Einnahme des Vereins an Mitgliederbeiträgen 106 Thlr. 9 Sgr. 6 Pf., an Beiträgen der Ehrenmitglieder 132 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf., an Resteinnahmen 4 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., an Eintrittsgeldern 4 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., an Zinsen 40 Thlr. 15 Sgr., an Rabatt aus der Apotheke 10 Thlr. 28 Sgr., Geschenk der Gräfin Pückler 3 Thlr., vorjähriger Bestand 20 Thlr. 19 Sgr. 10 Pf., zusammen 323 Thlr. 9 Sgr. 10 Pf. Die Ausgaben beliefen sich auf 307 Thlr. 14 Sgr. 9 Pf. und zwar für den Arzt 40 Thlr., auf Medizin 53 Thlr. 16 Sgr. 9 Pf., an laufenden Unterstützungen 95 Thlr., an Kranken-Unterstützungen 9 Thlr. 20 Sgr., an Ausstattungsgeldern 5 Thlr., an Begräbnißgeldern 21 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf., der Botin 16 Thlr., im Vorschuß-Verein niedergelegt 60 Thlr. Das Vereins-Vermögen beträgt gegenwärtig 1150 Thlr. Die Ausgaben an Unterstützungen, Kurkosten 2c. ergaben gegen 1866 durchweg ein bedeutendes Minus. In den letzten 10 Jahren seines Bestehens hat der Verein für die von ihm angestrebten Zwecke: Unterstützung in Krankheiten, bei Todesfällen u. s. w. über 3000 Thlr. verausgabt. Die Zahl der wirklichen Mitglieder betrug im abgelaufenen Vereinsjahre 112, die der Ehrenmitglieder 113. Für das nächste Etatsjahr sind an außerordentlichen Unterstützungen bereits 26 Thlr., an laufenden 1 zu 16 Thlr., 12 zu 8 Thlr., zusammen 112 Thlr. bewilligt. Ein Ertrag der Vorsteherin wegen Ankauf einer Nähmaschine und Ausleihung derselben an die Vereinsmitglieder wurde dem Vorstande zu weiterer Veranlassung überwiesen. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: Vorsitzende: Madame Lemor, (Fischergasse 4), Stellvertreterin derselben Frl. A. Schmidt, Kassirerin Madam Strack, Stellvertreterin Frl. Steiner, Schriftführer Dr. Thiel. Zu Ausschuß-Mitgliedern wurden ernannt: Frl. Berger, Frl. Claudi, Frl. Dittmar, Frl. Dittrich, Frau Gerhard, Frl. Graßhoff, Frl. Hoffmann, Frl. Jäger, Frl. Kahlert, Frl. Seidel, Frl. B. Schmidt und Frl. Bergmann. Vereinsarzt ist Herr Dr. Weidlich. — Wenn vorstehender Bericht gewiß ein gutes Zeugniß ablegt, von den Leistungen des Vereins, der bescheiden und im Stillen schafft und wirkt, so wolle man doch auch nicht vergessen, wie schwer es ihm bei seinen geringen Mitteln werden mußte, so Erhebliches zu erreichen. Waren es doch außer den freundlichen Unterstützungen der Ehrenmitglieder nur die mühevoll erübrigten Beiträge der Mitglieder, welche ihm zu Gebote standen. Möge ihm nach wie vor die Theilnahme derer zugewendet bleiben, welche seither seine Gönner waren oder bereit sind, es zu werden. Der Vorstand wird jede Zuwendung mit Dank entgegennehmen.

♉ **Breslau**, 14. Januar. [Sitzung und Entscheidung des Provinzial-Schiedsgerichts der freireligiösen Gemeinden] über die Frage, welche der hier bestehenden christkatholischen Gemeinden die ursprüngliche sei und wie es mit der Benutzung der Gemeindehalle stehe, welche die eine der beiden Gemeinden bei dem Conflict, der zur Trennung der seit 1859 auf Grund der Wiedervereinigung zweier Gemeinden bestehenden christkatholischen Gemeinde führte, thatsächlich in Besitz nahm und noch behauptet, sollte am gestrigen Tage in der Gemeindehalle, Grünstraße Nr. 6, in öffentlicher Sitzung erfolgen. Die glücklichen Besitzer hatten aber die Halle verweigert, weil sie zur jetzigen Jahreszeit zu kalt sei und sie ungeeignete Auftritte seitens der Mitglieder der streitenden Gemeinden besorgten. Obwohl die erschienenen Mitglieder des Schiedsgerichts, die Herren Prediger Fr. Schmidt aus Ob.-Haselbach, der Prediger Dr. Hetzer aus Leipzig, der Färber und Kaufmann H. Dietrich aus Neumarkt und der Fabrikbesitzer Schäche aus Liegnitz eröffneten den Gemeinden um 11½ Uhr Vormittags, nach besonderer Berathung, ihren Beschluß dahin, daß sie nach ihrer Ansicht, den Streit, zu dessen „Vermittelung" sie gewählt seien, nur in der Halle, von wo er seinen Anfang genommen, auch wieder schlichten könnten. Die beiden Gemeindevorstände hätten sich darum in gemeinsamer Sitzung über Einräumung der Gemeindehalle oder Beschaffung eines anderen hinreichenden und geeigneten Locales zu einigen, in dem die Sitzung am künftigen Tage stattfinden könne, oder die Ansetzung eines neuen Termins zu gewärtigen! Die Vorstände traten zusammen und nach einigen Debatten beschlossen einstimmig, die Halle einzuräumen, und diesen Beschluß den Schiedsrichtern mit dem Gesuche anzuzeigen, die Sitzung bereits um 3 Uhr desselben Nachmittags zu eröffnen. Da auf diesen Wunsch eingegangen wurde, wurde um 3½ Uhr in der Halle die Sitzung eröffnet, der außer den Mitgliedern des Schiedsgerichts und der beiderseitigen Vorstände eine Anzahl Angehörige beider Gemeiden beiwohnte. Die Temperatur, die nichts weniger als eine gemüthliche war (da die Halle nicht geheizt wurde!), erschien wenigstens in einer Richtung durch die Lebhaftigkeit der Erörterungen, wenn nicht angenehmer, doch etwas anregender, indem beide Vorstände, nach mehrmaligem Anfragen der Vorsitzenden, „ob sich die Gemeindevorstände nicht noch jetzt vergleichen möchten, ohne den Spruch des Schiedsgerichts herauszufordern, beiderseits sich verneinend aussprachen, und dann ihre Darlegung des Thatbestandes sehr lebhaft vertheidigten. Der Gegenstand war der Conflict vom 3. December 1864, wo ein Theil der Gemeinde den Vorstand „absetzte" und durch sein stürmisches Benehmen veranlaßte, nach Schließung der Versammlung durch den damaligen Vorsitzenden, die Halle zu verlassen. Die Gründe, wodurch sich jener Theil berechtigt glaubt, ohne Rücksicht auf die Gemeinde-Statuten so zu verfahren, die Frage, ob jene Sitzung überhaupt geschlossen worden sei, wurde von den beiderseitigen Rednern mit Eifer verfochten und dann durch die Zeugen, deren von beiden Seiten etwa 20 gestellt waren, für und wider belegt, so daß nach Abhörung der Letzteren das Schiedsgericht (es war gegen 8 Uhr Abends!) die Schlußberathung und das Erkenntniß bis zum nächsten Nachmittag 3 Uhr vertagte. Dasselbe präcisiren wir dahin, daß weder die Gemeinde Gundlach, noch die Gemeinde Plischke, sondern die im Jahre 1859 neuconstituirte vereinigte Gemeinde, unter dem Vorstand Gundlach, z. Z. Luschner, die ursprüngliche sei und die Benutzung der Gemeindehalle, so lange die Spaltung dauere, beiden Theilen gleichmäßig zustehe, sowie beide Theile die Kosten des Verfahrens gleichmäßig zu tragen haben. Die Begründung ist sehr ausführlich, wie das Verfahren des Schiedsgerichtes in der Sache ein sehr sorgfältiges und gewissenhaftes war; gleichwohl können wir nicht verschweigen, daß es vielen von beiden Seiten gehegten Erwartungen nur zum Theil entspricht.

—s. **Breslau**, 16. Januar. [Vorträge zum Besten der Nothleidenden in Ostpreußen.] Die Reihe der vom Zweigverein des vaterländischen Frauenvereins zum Besten der Nothleidenden in Ostpreußen im Musiksaale der hiesigen Universität veranstalteten Vorträge wurde heute durch einen Vortrag des Herrn Rector magn. Professor Dr. Roepell „Ueber die Erhebung Ostpreußens im Frühjahre 1813", vor einem ziemlich zahlreichen und sehr gewählten Publikum eröffnet. Der Redner schilderte zunächst in sehr lebhafter und ergreifender Weise die fast alles Maaß übersteigenden Leiden, denen die unglückliche Provinz seit der Schlacht bei Jena bis zum Beginn der Freiheitskriege ausgesetzt war, um sodann die Verdienste derselben um Deutschlands endliche Errettung aus der französischen Knechtschaft zu desto entschiedenerer Anerkennung gelangen zu lassen. Mit der ganzen Kraft der ihm eigenen Beredsamkeit schilderte er den begeisterten Empfang, welcher York am 9. Januar 1813 in Königsberg zu Theil ward, die furchtbare Enttäuschung, welche bei der Verwerfung des Vertrages von Tauroggen durch Friedrich Wilhelm III. sich aller Gemüther bemächtigte, die mannigfachen Kämpfe, welche den ostpreußischen Patrioten aus den Forderungen des nur mit russischer Vollmacht versehenen Freiherrn v. Stein bei dem lebhaften Wunsche, die Selbständigkeit ihres Vaterlandes keinen Augenblick zu gefährden, erwachsen mußten, so wie endlich die glückliche Lösung dieser bedenklichen Wirren durch den am 5. Februar 1813 zusammengetretenen ostpreußischen Landtag, auf dem sich die freiere Verfassung, die ihm durch Stein's Bemühen schon in früheren Tagen gegeben war, glänzend bewährte. Nur kurz gedachte der Redner der Frage, ob das Verdienst der Begründung der preußischen Landwehr nicht auch jenen Ostpreußen gebühre, welche die lange gehegte Idee derselben allerdings zuerst in den Bereich der vollendeten Thatsachen führten, um schließlich daran noch die dankbare Erinnerung zu knüpfen, daß Ostpreußen mehr als jede andere Provinz auch in sofern für die Errettung des Vaterlandes gethan hat, als es die Hälfte seiner kampffähigen männlichen Bevölkerung in den Freiheitskrieg schickte. Dürfen wir selbst diesem nur auf die Hauptpunkte des Vortrages beschränkten Bericht noch ein Wort über die Wirkung desselben hinzufügen, so glauben wir, daß es gerade die einfache, schlichte Erzählung der Thatsachen war, welche die Versammlung so ansprach und welche den geehrten Herrn Redner das Ziel wohl erreichen ließ, das er sich selbst dabei vorgesteckt hatte. Denn wenn die Geschichte, wie er am Eingange selbst in Erinnerung brachte, den edelsten Enthusiasmus erwecken soll, so sind wir auch sicher, daß der heutige Vortrag wohl schwerlich Jemanden ohne das lebhafteste Gefühl jener heiligen Verpflichtung gelassen hat, welche nicht Preußen allein, sondern ganz Deutschland gegen das unglückliche Ostpreußen hat und welche wir wahrlich mit gleich opferwilliger Freudigkeit, wie es für uns einst gelitten hat, einlösen werden.

Breslau, 18. Jan. Angekommen: Se. Durchl. Prinz Anton v. Sulkowski, a. Paris. Se. Durchl. Prinz Joseph v. Sulkowski, a. Schloß Reisen. Se. Excellenz Graf v. Maltzan, Ober-Erbkämmerer von Schlesien, freier Standesherr, a. Schloß Militsch. Bresl. Intell.-Bl.)

Kölner Dombau-Lotterie.
Ziehung vom 15. Januar, Nachmittags.

(S. M. = Silberne Medaille. G. M. = Goldene Medaille.)

Nr.	Thlr.	Nr.	Thlr.	Nr.	Thlr.	Nr.	Thlr.	Nr.	Thlr.
117	20	71860	20	145697	S. M.	207855	S. M.	287172	S. M.
3859	20	78527	20	147910	20	213789	20	281299	20
4563	20	73941	100	157366	20	213645	S. M.	287670	20
3811	S. M.	88216	20	155641	20	216397	S. M.	287985	20
6110	S. M.	82535	20	158523	50	214698	20	286001	20
7983	20	85526	20	151252	20	217498	20	291502	20
24557	50	87593	20	169329	20	210028	20	293471	S. M.
22128	50	93028	200	164939	20	224133	S. M.	295495	20
22793	20	91093	20	169786	20	225646	20	308446	20
27490	20	91233	20	167635	20	222324	20	312922	20
32947	S. M.	91631	S. M.	165689	20	225426	50	311746	20
39220	20	95589	20	179031	1000	236057	20	316310	20
36442	S. M.	96147	20	173002	20	243804	20	322126	20
44964	100	94190	50	186344	20	242062	S. M.	327460	200
54741	S. M.	102385	20	187399	50	249668	1000	335085	20
67177	20	100946	50	180158	50	246559	50	338818	20
65763	20	100970	20	184027	20	251560	20	345764	S. M.
62997	20	113325	20	195917	20	257918	20	346668	50
66606	100	123464	S. M.	197552	20	256919	100	342474	20
73661	20	132459	20	198588	20	251406	20	345376	50
72870	20	139906	50	196207	50	262679	20		
77735	20	146478	100	190241	20	271252	20		
72563	S. M.	143792	20	200671	20	270697	20		
79372	100	146673	100	209938	20	275330	20		

16043 Nach der Mahlzeit, Gemälde von Ulffers.
182057 Norwegischer Binnensee von Raßmuß.
268125 Landschaft von Professor Weber.
309818 Wald-Landschaft von Maurer.

M. **Breslau**, 16. Januar. [Der Schlesische Central-Verein zum Schutz der Thiere] hielt am 14. Januar die wegen der Festtage verlegte Decembersitzung ab. Das von Herrn Oberpostdirector Schröder eingegangene Dankschreiben für seine Ernennung zum Vereins-Ehrenmitgliede rief große Freude hervor. Nach dem vom Pariser Thierschutzverein eingesandten Monatsbericht haben sich die deutschen Deputirten zum internationalen Thierschutz-Congreß durch ihre practische Auffassung und Gründlich-

keit dortselbst einen Ehrenplatz erworben, namentlich wird Herr Pastor Bädecker von Hannover hervorgehoben. Der sog. „Stammgast des Vereins,“ ein durch die Erbärmlichkeit seines Zugviehes bekannter hiesiger Hürdler, hat sich vor einigen Wochen wieder einer Thierquälerei schuldig gemacht, welche, da sie durch Zeugen belegt war, der Anwaltschaft übergeben worden ist. Hierbei hatte sich Frau Bürgermeister Glauer besonders verdient gemacht und der Verein nahm, im Hinblick auf die seit vielen Jahren von ihr bethätigte Förderung der Thierschutzsache, den Antrag des Mitgl. Winderlich, Frau Bürgermeister Glauer zum Ehrenmitgliede zu ernennen, freudig auf. Es ist dies das erste Beispiel der Ernennung einer Dame zum Ehrenmitgliede dieses Vereins. Der Herr Vorsitzende berichtet über die Fortschritte des Kinder-Thierschutz-Vereins und über die Zustimmung, die derselbe bei Lehrern und im großen Publikum finde. Erfreulich ist die bereits erzielte practische Wirkung, wonach die Taubenfängerei auf dem Neumarkte vielleicht schon ihr Ende erreicht hat, da die Knaben wechselweise den Neumarkt bewachen, namentlich an Sonntagen. Bei den durch den Schnee bewirkten schlechten Fahrwegen der Stadt zeigt es sich, wie tiefe Wurzeln die Thierschutzsache im Publikum gefaßt hat, da dasselbe oft sogar thatsächliche Hilfe leistet, um ein Fuhrwerk wieder flott zu macheu

= **Leobschütz,** 16. Jan. [Rinderpest.] Wie uns mitgetheilt wird, ist in dem eine Meile von hier entfernten Dorfe Roben die Rinderpest auf einem Gehöfte zum Vorschein gekommen und von dem zur Zeit im Kreise weilenden Departements-Thierarzt Lüthens aus Oppeln an dem gefallenen Vieh constatirt worden. Die erforderlichen Maßregeln sind selbstredend sofort getroffen und die Tödtung der noch krank vorgefundenen Viehstücke ist angeordnet worden.

C. **Kattowitz,** 14. Januar. [Zur Tageschronik.] Ist auch der ersehnte Briefkasten noch nicht angekommen, so haben wir doch die Zusage, daß nächstens diesem Bedürfniß Rechnung getragen werden wird. Daß es nicht eher geschehen, lag daran, daß man das preußische Post-Conto mit der, wenn ich nicht irre, 4—5 Thlr. betragenden Ausgabe nicht mehr, sondern das des norddeutschen Post-Bezirkes damit belasten wollte. — Die Diebstähle nehmen jetzt in ungewohnter Weise überhand und hat man es namentlich auf im Hausflur angebrachte Speiseschränke abgesehen. — Vereins-Aufführungen und Schlittenpartien wetteifern miteinander. Von ersteren erfreut sich der regsten Theilnahme der Musikverein und zwar mit vollstem Recht, da seine aus 35 activen Mitgliedern bestehende Kapelle wirklich Hervorragendes leistet. Nach diesen Musik-Aufführungen findet gewöhnlich ein Tänzchen statt, und da in dieser Saison außer der fast ausschließlich dem Tanze gewidmeten Simultan-Ressource eine andere speciell diesem Vergnügen huldigende Gesellschaft nicht existirt, sind besonders die Damen die eifrigsten Anhänger des Musikvereins. Der dramatische Verein erfreute sich am Sonntage eines vollständig ausverkauften Hauses und die Aufführung des ungetheiltesten Beifalles. Eine versuchte Denunciation des in Myslowitz debütirenden Schauspieldirectors Herrn Nachtigall drohte störend zu interveniren, wurde aber zu allseitiger Zufriedenheit beigelegt. Zu nächstem Sonntage ist eine Schlittenparthie nach Myslowitz projectirt, wiewohl die Bahn durch den sich jetzt majestätisch präsentirenden Wald mit seinen schneebeladenen und eiskandirten Bäumen nach Emanuelseegen und Tichau eine viel bessere ist. In E. fehlt es aber leider an einem geeigneten Locole und in T. an einem für gutes, ja überhaupt für Essen sorgenden Wirthe; denn das gegenwärtige herrliche, dem österreichischen völlig ebenbürtige Tichauer Bier thut's alleine nicht. — In Folge der ungeheuren Nachfrage nach Kohlen haben sich die Preise derselben erheblich gesteigert und kann man von Glück sagen, wenn man von den Gruben eine einzelne Fuhre abgelassen erhält. — Bei dem bei der Beategrube jüngst niedergebranntem Hause liegt dringender Verdacht böswilliger Brandstiftung vor und hat eine hiermit zusammenhängende Verhaftung stattgefunden. — Im benachbarten Polen zeigen sich vielfach Wölfe. Da dort das Führen von Schußwaffen einer besonderen Concession bedarf, die pro Stück und Jahr mehrere Rubel kostet, geschieht zur Vertilgung dieser Thiere fast nichts und wagt sich Abends Niemand mehr aus dem Hause. In Polen herrscht auch noch der Aberglaube, daß Derjenige, der am Weihnachtsabende stiehlt, das ganze Jahr Brot hat; daher auch am verflossenen Weihnachten besonders Schlüssel und Thürklinken arg mitgenommen worden sind.

Telegraphische Witterungsberichte vom 17. Januar.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	336,2	1,6	W., mäßig.	Bedeckt.
7	Königsberg	336,8	1,1	SW., schwach.	Bedeckt, Regen.
6	Stettin	338,2	2,6	W., mäßig.	Bedeckt.
—	Ratibor	332,6	0,6	S., mäßig.	Bedeckt.
—	Münster	336,3	6,4	SW., schwach.	Trübe.
—	Trier	335,9	2,7	S., schwach.	Trübe.
7	Flensburg	335,4	4,8	W., stark.	Bedeckt, Regen.
8	Paris	340,9	4,4	S., schwach.	Bedeckt, regnerisch.
—	Haparanda	329,5	—9,6	NW., schwach.	Bedeckt.
—	Helsingfors	—	—	—	—
—	Petersburg	335,3	0,4	SW., mäßig.	Bedeckt.
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	332,0	1,5	SSW., schwach.	Heiter.*)
—	Skudesnäs	329,8	5,2	SW., frisch.	Wolkig.

*) Gestern Abend WSW., still u. Nordlicht. Max. 3,2. Min. —0,1.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. n Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 17. Jan. 10 U. Ab.	332,13	+4,6	S. 1.	Trübe.
18. Januar 6 U. Mrg.	330,13	+4,0	S. 2.	Bewölkt.

Breslau, 18. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 11 Z. U.-P. 2 F. 10 Z. Eisstand.

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Berlin, 17. Januar, Nachts. In der Abendsitzung hat das Abgeordnetenhaus paragraphenweise die Eisenbahn-Anleihe von 40 Millionen nach den Commissions-Anträgen mit einem Zusatz von v. Vincke (Minden), angenommen, wonach die Göttingen-Ahrenshauser Bahn in die zu bauende Eisenbahn Halle-Kassel einmünden soll.

Köln, 17. Jan. In der heute fortgesetzten Ziehung der Dombau-Lotterie wurden folgende Gewinne gezogen: Nr. 15,007 mit 10,000 Thlr., Nr. 131,513 mit 5000 Thlr., Nr. 261,180 mit 2000 Thlr., Nr. 287,277 mit 500 Thlr., Nr. 29,550, 32,747, 33,438, 45,422, 122,814, 130,142, 144,495, 161,869, 177,080, 177,810, 182,933, 185,496, 213,376, 231,714, 238,050, 275,997, 289,555 mit je 200 Thlr.

Florenz, 17. Januar. Deputirtenkammer. In der Debatte über das Einnahme-Budget erklärte der Vorsitzende der Budget-Commission de Luca, sein gestriger Antrag über die einstweilige Vertagung der Budgetberathung sei aus der Erwägung hervorgegangen, daß mehrere Specialfragen betreffend die Grundsteuer, sowie die Besteuerung beweglichen Vermögens und der Lotterien ein besonders eingehende Erörterung erfordern würden: er beantrage deshalb, diese Fragen noch nicht in die gegenwärtige Discussion hineinzuziehen. Der Finanzminister Cambray-Digny sprach sich sehr anerkennend über die Arbeiten der Budget-Commission aus und erklärte, daß er gern bereit sei, sich über die oben erwähnten Fragen im Schoße der Commission ausführlich auszusprechen.

Paris, 17. Januar. Die gerichtliche Verhandlung gegen die unter Anklage gestellten Journale nahm heute ihren Anfang, indem zunächst ein summarisches Verhör der einzelnen Angeklagten vorgenommen wurde. Die weitere Verhandlung wurde alsdann auf morgen vertagt. — Ein an die Vertreter der Presse gerichteter Brief Persigny's betreffend die Gesetzvorlage über die Presse, sagt, daß eine Gefahr für die Presse niemals einer freien, feurigen oder sogar leidenschaftlichen Discussion, sondern stets Angriffen, Injurien und Verleumdungen persönlicher Art entsprungen sei. Die Regierung habe jetzt ein in wahrhaft liberalem Sinne gehaltenes Preßgesetz vorgelegt, doch sei dasselbe nicht im Stande die eigentlichen Absichten des Kaisers zu realisiren, und rufe nach mehreren Seiten hin Bedenklichkeiten hervor. Die zahlreichen Journale, die alsdann erscheinen dürften, würden darauf ausgehen, die Neugierde des Publikums durch anstößige Mittheilungen aller Art zu befriedigen; es würden hierdurch unfehlbare Gewaltmaßregeln gegen die gesammte Presse veranlaßt und die Freiheit des Landes beeinträchtigt werden. Das Land sei reif für die Freiheit und der Augenblick sei gekommen, wo man die Vortheile derselben verwirklichen müsse. Das Decret vom Jahre 1852 habe nur eine vorübergehende Bedeutung gehabt; man müsse von demselben jetzt ganz absehen; dagegen sei das Gesetz vom Jahre 1819 dahin zu modificiren, daß die öffentliche Behörde alle Angriffe der Presse gegen fremde Souveräne, gegen die großen Staatskörper und Private direct verfolgen könne. Die gerichtliche Verfolgung des Preßvergehen müsse denselben Bestimmungen des allgemeinen Rechtes unterliegen, wie jedes andere Vergehen.

Paris, 17. Jan. Die Kaiserin hat sich heute Morgen nach der Bretagne begeben, um die erkrankte Prinzessin Bacchiochi zu besuchen. — Das Befinden des Grafen Goltz ist in Folge einer unruhigen Nacht heute weniger gut.

London, 17. Jan. Die preußische Brigg Nr. 2 strandete in der Nähe von Crookhaven, Schiff und Ladung sind verloren, die Mannschaft ist gerettet.

Der „Manchester Examiner“ theilt folgende Fallissements mit: D. C. Hopkins in Cincinnati mit einer Million Dollars Passiva, das bedeutende Haus H. L. Routh u. Co. in Montreal und endlich eines der bedeutendsten Häuser im westlichen Canada, Brown u. Gillespie in Hamilton.

London, 17. Jan. Sturm. — Von der Ladung des an der irischen Küste gestrandeten Dampfers „Chicago“ ist fast nichts trocken gerettet.

„Standard“ theilt aus Mauritius vom 17. December datirte Berichte mit, wonach täglich 15 bis 30 Todesfälle durch gelbes Fieber vorkommen.

„Daily Telegraph“ veröffentlicht einen Brief Garibaldi's an seine Freunde in London, in welchem die päpstliche Regierung auf das heftigste angegriffen wird. Garibaldi spricht in dem Briefe die Ansicht aus, die Tyrannei der Pforte sei für Griechenland nicht so verderblich gewesen, als die der päpstlichen Regierung für Italien, da es den Römern unter der päpstlichen Regierung fast unmöglich gemacht werde, ihre menschliche Würde zu bewahren.

Bombay, 28. Dec. Die dritte Brigade des abyssinischen Expeditionscorps wird in wenigen Tagen von hier abgehen; auch die vierte ist bereits zur Abfahrt fertig.

[Breslauer Börse vom 18. Jan.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 84 1/3—1/4 bez. Oesterr. Banknoten 85 1/8—85 bez. und Gd. Schles. Rentenbriefe 90 3/4 Br. Schles. Pfandbriefe 83 7/8 bez. u. Gd. Oesterr. National-Anleihe 55 1/4 Br. Freiburger 119 Br. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. und C. 185—1/8 bez. u. Br. Wilhelmsbahn 77 1/2 bis 3/8 bez. u. Br. Oppeln-Tarnowitzer 73 3/4 Br. Oesterr. Creditb.-Actien 78 7/8 Gd. Schles. Bank-Verein 111 1/2 Br. 1860er Loose —. Amerikaner 77 bez. Warschau-Wiener 58 3/4 bez. u. Br. Minerva 33 1/2 bez. u. Gd. Baierische Anleihe —. Italiener 43 5/8 bez.

Breslau, 18. Januar. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	117—119	112	105—108	Gerste	65—67	62	56—59
do. gelber,	114—116	111	104—106	Hafer	42	41	40
Roggen	90—91	89	88	Erbsen	75—78	73	70

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps** und **Rübsen.**

Raps	192	182	168	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen	178	168	158	
Sommerrübsen	166	156	146	
Dotter	164	154	144	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Ort. bei 80% Tralles 19 Br. 18 5/6 Gd.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. 3000 Ctr. Roggen. — Ctr. Leinöl. — Ctr. Rüböl. — Ort. Spiritus. — Ctr. Leinkuchen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 17. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Wenig fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 80 bis 68, 67 1/2—68,77 1/2. Italienische 5proc. Rente 43, 00. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 503, 75. Credit-Mobil.-Actien 163, 75. Lomb. Eisenb.-Actien 338, 75. Oesterr. Anleihe von 1865 330, 00. 6proc. Ver.-St.-Anl. von 1882 (ungest.) 81 1/2.

London, 17. Jan., Nachm. 4 Uhr. Aus der Bank von England sind 35,000 Pfd. St. nach Alexandrien abgesandt. Schluß-Course. Consols 92 13/16. 1proc. Spanier 35 1/16. Italienische 5proc Rente 42 3/4. Lombarden 13 1/2. Mexicaner 15 5/16. 5% Russen 86 7/8. Neue Russen 86. Silber 60 3/8. Türkische Anleihe von 1865 30 3/8. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pro 1882 71 15/16.

Florenz, 17. Jan., Nachm. Ital. Rente 49, 45. Napoleonsd'or 22, 90.

Frankfurt a. M., 17. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 98 1/8. Oesterr. National-Anleihe 53. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76 1/4. Hessische Ludwigsbahn 127 3/4. Baierische Prämien-Anleihe 99 1/2. 1854er Loose 59. 1860er Loose 70 3/8. 1864er Loose 76 1/4. — Fest und ziemlich lebhaft. Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 183 3/8, Staatsbahn 239.

Frankfurt a. M., 17. Jan., Abends. [Effecten-Societät.] Wenig Geschäft, aber sehr fest. Amerikaner 76 3/16. Creditactien 183 1/2. Steuerfreie Anleihe 48 1/8. 1860er Loose 70 1/8. National-Anleihe —. 5% Anleihe de 1859 —. Staatsbahn 239.

Hamburg, 17. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84 1/4. National-Anleihe 54 3/4. Oesterr. Credit-Actien 77 1/2. Oesterreichische 1860er Loose 69 3/8. Staatsbahn 500. Lombarden 334 1/2. Italien. Rente 42 3/4. Vereinsbank 110 7/8. Norddeutsche Bank 116 3/4. Rheinische Bahn 114 3/8. Nordbahn 94. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 96. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 94 5/8. 6proc. Ver. St.-Anleihe pr. 1882 69 1/8. Disconto 1 3/4 pCt. — Fonds angenehm, Geldüberfluß.

Hamburg, 17. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco ruhig, aber nicht billiger käuflich, auf Termine sehr fest, aber unbelebt. Weizen per Januar 5400 Pfund netto 176 1/2 Bankothaler Br., 175 1/2 Gd., per Jan.-Febr. 175 Br., 174 Gd., per Frühjahr 174 Br., 173 1/2 Gd. Roggen per Jan. 5000 Pfd. Brutto 137 Br., 136 Gd., per Jan.-Februar 136 Br., 135 Gd., per Frühjahr 134 Br. u. Gd. Hafer ohne Kauflust. Rüböl fester, loco 22 1/8, per Mai 23. Spiritus unverändert. Kaffee ruhig. Zink fest. — Regen.

Antwerpen, 17. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 M. Petroleum eröffnete flau.

Manchester, 17. Jan., Nachm. (Von Hardy Natan u. Sons.) Garne, Notirungen per Pfund: 30r Mule gute Mittel-Qualität 10 1/2 d. 30r Water bestes Gespinnst 12 1/2 d. 40r Mayoll 13 3/4 d. 40r Mule, beste Qualität wie Taylor rc. 13 d. 60r Mule, für Indien und China passend 14 1/4 d. — Stoffe, Notirungen per Stück: 3 1/4 Pfd. Shirting prima Calvert 117 d. dto. gewöhnliche gute Makes 114 d. 34 inches 17/17 printing Cloth 9 Pfd. 2—4 oz. 132 d.. In Folge des günstigen Liverpooler Berichts Preise anziehend. Garne besonders fest.

Liverpool, 17. Jan., Nachm. Baumwolle: 15—20,000 Ballen Umsatz. Sehr lebhaft, 1/8 höher, schwimmende Orleans 7 5/8. New-Orleans 8. Georgia 7 3/4. Fair Dhollerah 6 1/8. Middling fair Dhollerah 5 3/4. Good middling Dhollerah 5 1/2. Bengal 5. Good fair Bengal 5 1/4. Fine Bengal —. New fair Oomra 6 1/8. Fair Oomra —. Good fair Oomra 6 3/8. Pernam 7 3/4. Egyptian —. Smyrna 6 1/2.

Liverpool, 17. Jnn. [Baumwollen-Wochenbericht.] Wochen-Import 95,000, Vorrath 434,000, schwimmend von Ostindien 75,000, von den Vereinigten Staaten 110,000, Wochenumsatz 98,000, Consum 71,000, effectiver Export 9,000, Speculation und Export 26,000, Zunahme des Vorrathes 15,000 Ballen.

Petersburg, 17. Jan. [Schluß-Course.] Wechselcours auf London 3 Monate 33 1/8 d., do. auf Hamburg 3 Monate 29 13/16 Sch., do. auf Amsterdam 3 Monate — Ct., do. auf Paris 3 Monate 346 Cts. 1864er Prämien-Anleihe 115 7/8. 1866er Prämien-Anleihe 114 3/8. Imperials —. Gelber Lichttalg (alles Geld im Voraus) —. Gelber Lichttalg (mit Handgeld) —. Gelber Lichttalg loco —. Anfangs fest, Schluß flauer.

Newyork, 17. Jan., Abends. Wechsel auf London 109 5/8. Goldagio 38 5/8, Bonds 109 5/8. Illinois 135 1/4. Eriebahn 74 3/4. Baumwolle 17. Petroleum 24 1/2. Mais 1 D. 39 C. 1885er Bonds 108 1/8. 1904er Bonds 102 5/8. Der „Australasian“ ist angekommen.

Havanna, 17. Jan. Zucker 7 5/8, Wechselcours 12 1/2.

Paris, 17. Jan., Nachmitt. Rüböl pr. Januar 92, 25, pr. Mai-August 93, 00, pr. September-December 93, 00. Mehl pr. Januar 85, 75, pr. März-April 86, 75. Spiritus pr. Januar 65, 00.

London, 17. Jan., Mittags. Getreidemarkt (Anfangsbericht). Total-Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 31,120, Gerste 1900, Hafer 8890 Quarters. Mehl 2740 Sack, 9580 Faß. Davon fremde Zufuhren: Weizen 29,570, Gerste 1560, Hafer 8820 Quarters. Mehl 1360 Sack, 9580 Faß. Weizen englischer nur trocken verkäuflich, fremder ruhig, aber stetig. Ladungen ruhig. Amerikanisches Mehl williger. Gerste und Hafer stetig. Talg 43 1/4. Leinöl ab Hull loco 34. Petroleum 15 1/2, in Partien billiger.

London, 17. Jan., Nachmitt. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Marktbesuch beschränkt. Weizen guter Qualität gesucht, fremder eher beachtet, beschränktes Geschäft zu unveränderten Preisen. Gerste und Hafer ruhig.

Amsterdam, 17. Januar, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen und Roggen stille und unverändert. Roggen pr. März 303 1/2, pro Mai 306 1/2. Raps pr. April 66 1/2. Rüböl pr. Mai 35, pr. Nov.-Decbr. 36 1/8.

Manchester, 16. Januar. [Garnmarkt.] Gutes Geschäft zu höheren Preisen.

Berlin, 17. Jan. Den günstigen auswärtigen Notirungen entsprach auch der hiesige Verkehr auf fast allen Gebieten. Besonders angeregt erschienen von den Speculationsdevisen Italiener, welchen nothwendige Deckungen augenblicklich zur Seite stehen; voraussichtlich dürften solche auch einer weiteren Courssteigerung als Stütze dienen, abgesehen von dem Impuls, der in den Anstrengungen der italienischen Regierung, die dortigen Finanz-Verhältnisse zu consolidiren, liegt. Die österreich. Speculationspapiere waren ebenfalls nicht ohne Leben, Lombarden erholten sich zum Theil, auch Franzosen zogen etwas an. Die Steigerung in österreich. Credit ist nicht bedeutend, die Umsätze waren indeß befriedigend; letzteres gilt auch von 1860er Loosen, welche gestrigen Cours nicht überstiegen. Amerikaner, auf abermalig billigeres Gold-Agio in Newyork sehr fest und im Preise anziehend. Von österreichischen Fonds hoben sich nur Nat.-Anl. und Silber-Anl. unbedeutend, die russ. Staatspapiere waren in bester Haltung, 1862r Anleihe, polnische Pfandbriefe und die Prämien-Anleihe fanden gute Frage und hoben sich zum Theil. Sehr große Umsätze machten sich in badischer Prämien-Anleihe zu abermals erhöhter Notiz, auch Baier. Prämienanleihe fand sich nicht eben vernachlässigt. Eisenbahnen waren recht fest, Rheinische, Köln-Mindener, Mainzer, Oberschlesische etwas erhöht, besonders bevorzugt, Coseler wieder vernachlässigt; Märk.-Posen und Nordh.-Erfurt. Stamm-Priorit. erhielten sich beliebt. Unter den Prioritäten bewahrten sich die Mehrzahl der russischen die Gunst der Börse; auch Schleswigsche, Bergische II. und V. und Köln-Mindener I. nahm man willig. Banken mäßig belebt, Disconto-Commandit, Berliner Handel, Hannoversche unbedeutend theurer, Genfer etwas weichend, Norddeutsche herabgesetzt Brief. Die 1867r neue 4 1/2 proc. preußische Eisenbahnanleihe wird in 12 Millionen Thalern zum Course von 95 nächste Woche zur Subscription aufgelegt; heute stellten sich hier 4 1/2 proc. Anleihen abermals 1/4 und 5proc. 1/2 höher; Prämien-Anleihe ging heute (nach der Ziehung) zurück. Das Geschäft war in Anleihen ziemlich rege, auch Pfand- und Rentenbriefe fanden Abnehmer. — Prämie für Amerikaner per ult. Februar 77—1, per. ult. März 77 1/4—1 1/4. (B. u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 17. Januar 1868.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4 1/2	96 3/4 bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103 1/2 bz.
dito 1854. 55. 57	4 1/2	96 3/4 bz.
dito 1859	4 1/2	96 3/4 bz.
dito 1856	4 1/2	96 3/4 bz.
dito 1864	4 1/2	96 3/4 bz.
dito 1867	4 1/2	96 3/4 bz.
dito 1850/52	4	89 3/4 bz.
dito 1853	4	89 3/4 bz.
dito 1862	4	89 3/4 bz.
Staats-Schuldscheine	3 1/2	83 3/4 bz.
Präm.-Anl. von 1855	3 1/2	115 3/4 bz. u. B.
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	96 1/2 bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3 1/2	76 7/8 bz.
Pommersche	3 1/2	76 5/8 bz.
Posensche	4	
dito	3 1/2	— — —
dito neue	4	84 7/8 G.
Schlesische	3 1/2	83 1/2 G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90 1/2 B.
Pommersche	4	90 1/2 bz.
Posensche	4	89 G.
Preussische	4	89 bz.
Westph. u. Rhein.	4	92 1/2 G.
Sächsische	4	90 3/4 bz.
Schlesische	4	90 1/2 bz.
Louisd'or 112 3/4 G.	Oest. Bk.	84 3/4 bz.
Goldk. 9. 10 G.	Poln. Bkn.	— — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	47 1/2 bz.
dito Nat.-Anl.	5	55 1/8 bz.
dito Lot.-A. v. 60	5	70 1/4 bz.
dito dito 64	—	43 1/2 bz.
dito 54er Pr.-A.	4	61 1/2 B.
dito Eisenb.-L.	—	71 1/4 bz.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	43 1/2 à 5/8 bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	85 3/4 bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	63 1/2 bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	58 bz.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	49 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	95 1/2 G.
dito à 300 Fl.	5	92 bz.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53 1/4 etw. bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29 1/2 G.
Amerikan. St.-Anl.	6	76 3/4 bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4 1/2	— — —
dito II.	4 1/2	95 1/2 G.
dito IV.	4 1/2	93 1/4 bz.
dito III. v. St. 3 1/4 g.	3 1/2	77 B.
Cöln-Minden	4 1/2	97 bz.
dito II.	5	102 1/4 G.
dito	4	84 B.
dito III.	4	83 1/2 B.
dito	4 1/2	94 1/2 B.
dito IV.	4	83 1/4 bz. u. G.
dito V.	4	83 1/4 B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4 1/2	82 G.
dito III. Em.	4	86 1/2 G.
dito IV. Em.	4 1/2	85 G.
Gal. Ludwigsb.	5	80 1/4 G.
Niederschl.-Märk.	4	87 3/4 G.
dito conv.	4	87 3/4 G
dito III.	4	85 3/4 bz.
dito IV.	4 1/2	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	— — —
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3 1/2	77 1/4 bz.
dito C.	4	85 G.
dito D.	4	85 G.
dito E.	3 1/2	77 1/2 bz.
dito F.	4 1/2	93 G.
dito G.	4 1/2	92 3/4 B.
Oesterr.-Franz.	3	260 bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	208 1/2 B.
Rhein. v. St. gar.	4 1/2	96 3/4 B.
Rhein-Nahe-B. gar.	4 1/2	93 1/2 bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	29 1/2 G.
Amsterd. Rottd.	7 1/4	4 3/4	4	99 3/4 B.
Berg.-Märkische	9	8	4	135 bz.
Berlin-Anhalt	13	13 1/4	4	209 3/4 bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	79 3/8 bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97 1/4 bz.
Berlin-Hamburg	9 1/2	9	4	160 bz.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	16	4	202 1/2 bz. u. G.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	137 1/2 bz.
Böhm.-Westb.	—	5	5	62 1/8 bz.
Breslau-Freib.	9	9 1/6	4	119 B.
Cöln-Minden	17 2/3	9	4	136 3/8 bz.
Cosel-Oderberg	2 1/4	2 1/8	4	77 1/2 à 77 bz.
dito St.-Prior.	—	4 1/2	4 1/2	85 3/4 bz.
dito dito	—	5	5	90 1/2 bz. u. G.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	84 bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10 2/3	4	150 bz.
Magd.-Halberst.	15	—	4	170 B.
Magd.-Leipzig	20	—	4	abgest 203 bz.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	123 1/2 bz. u. G.
Mecklenburger	3	3	4	75 1/4 G.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	91 G.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	88 1/4 bz.
Niedrschl. Zwgb.	3 2/3	5	4	75 3/4 B.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A.	11 2/3	12	3 1/2	184 1/4 bz.
dito B.	11 2/3	12	3 1/2	163 bz. u. G.
dito C.	11 2/3	12	3 1/2	184 1/4 bz.
Oest.-Fr. St.-B.	5	—	5	136 à 1/4 bz.
Oestr. südl. St.-B.	7 1/2	—	5	90 3/4 à 91 bz.
Oppeln-Tarnow.	3 1/4	—	5	73 1/2 bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73 3/4 bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	87 1/2 bz. u. G.
Rheinische	7	—	4	115 3/4 bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	30 3/8 à 1/2 bz.
Stargard-Posen	4 1/2	4 1/2	4 1/2	93 1/4 B
Thüringer	—	—	4	128 1/2 bz.
Warschau-Wien	8 1/2	—	5	58 3/4 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8 1/4	12	4	158 B.
Braunschw. B.	—	0	4	95 3/4 G.
Bremer Bank	6 1/2	8	4	— — —
Danziger Bank	7 3/10	8	4	106 1/2 etw. bz. u. G.
Darmst. Zettelb.	7 1/2	4	4	96 B
Geraer Bank	7 5/8	7 3/8	4	99 1/4 bz.
Gothaer „	7 1/2	5	4	89 G.
Hannoversche B.	4	5 1/5	4	77 1/4 bz.
Hamb. Nordd. B.	9	8 1/2	4	116 B.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	111 bz.
Königsberger B.	6 1/2	7 7/10	4	111 G.
Luxemburger B.	6	6	4	78 3/4 B.
Magdeburger B.	5 1/2	5	4	89 G.
Posener Bank	6 1/2	7 1/2	4	99 1/4 B.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13 1/8	4 1/2	152 1/2 B.
Thüringer Bank	4	4	4	64 1/2 B.
Weimar	6 1/2	4 1/4	4	81 3/4 B.
Berl. Hand-Ges.	8	3	4	109 3/8 bz.
Coburg. Credb.-A.	8 1/2	4	4	70 B.
Darmstädter „	8 1/2	6 1/2	4	80 bz. u. G.
Dessauer „	—	0	—	2 1/4 G
Disc. Com.-Anth.	6 1/2	8	4	107 1/4 bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	22 bz.
Leipziger „	4	—	4	86 1/4 G.
Meininger „	7	—	4	89 3/4 bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	18 bz.
Oest. Credb.-A.	4 1/2	—	5	78 1/2 à 3/8 à 3/4 bz.
Schl. Bsnk-Ver.	7 1/2	7 1/2	4	111 3/4 B.
Minerva	1	—	5	33 1/4 bz. u. G.
Frb. v. Eisenbdf.	5 1/2	10	5	128 1/2 B.

Breslau, 18. Januar. Am heutigen Markte waren bei ruhigem Geschäftsverkehr Preise wenig verändert.

Kleesaat, rothe bei matter Stimmung, 13—14—15 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, weiße mehr angeboten, 19—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 8 1/2—9 1/2 Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1 3/4—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth nd Comp. (W. Friedrich) in Breslau.